



**FACHBEIRAT**  
**BÜRGERSCHAFTLICHES**  
**ENGAGEMENT**

DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

**8. BERICHT DES FACHBEIRATES**  
**BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**  
***FREIWILLIGENRAT***

an den Stadtrat der Landeshauptstadt München  
Berichtszeitraum 2024 bis 2025

**FÖBE** | Förderstelle für  
Bürgerschaftliches  
Engagement

Geschäftsstelle FöBE: [www.foebe-muenchen.de](http://www.foebe-muenchen.de)

# **IMPRESSUM**

## **Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement Freiwilligenrat**

Ringseisstraße 8a | 80337 München  
Telefon: 089 - 599 890 870  
info@foebe-muenchen.de

Geschäftsführung:  
FöBE – Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement  
www.foebe-muenchen.de

## **Layout und Satz**

MHKD – Martin Hasieber Kommunikationsdesign  
Edelweißstraße 8, 81541 München  
mhkd.de

## **Druck**

Landeshauptstadt München  
Direktorium  
Stadtkanzlei  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

## **Hinweise**

Um die Lesbarkeit zu erleichtern, verwenden wir anstatt des Begriffes „Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement“ künftig auch die Kurzform „Freiwilligenrat“

Die Schwerpunktthemen des Berichts wurden von vier Arbeitsgruppen aus Mitgliedern des Freiwilligenrates erstellt und wir haben den unterschiedlichen Sprachstil weitgehend beibehalten.

Am Ende des Berichtes haben wir alle Empfehlungen nochmals zusammengestellt

# INHALT

<b>1. DER FREIWILLIGENRAT – VORSTELLUNG UND MITGLIEDER</b>	5
<b>2. EINLEITUNG – STÄRKUNG DER DEMOKRATIE UND WIRKUNGSORIENTIERUNG TROTZ KNAPPER MITTEL</b>	7
<b>3. SCHWERPUNKTTHEMEN</b>	11
3.1. Herausforderung Gesellschaftspolitisches Engagement	11
3.2. Rolle der Zivilgesellschaft in Zeiten knapper Kassen	19
3.3. Unternehmensengagement im Wandel – Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen	24
3.4. Engagement braucht Räume – Die Bedeutung von physischen Räumen für das BE	36
<b>4. EMPFEHLUNGEN AN DEN STADTRAT AUS DEM 7. BERICHT 2022–2023</b>	47
4.1. Bürgerschaftliches Engagement im Stadtviertel – die vernetzte Infrastruktur der Zukunft vor Ort	47
4.2. Folgen der Ganztagsbildung (KoGa) für die ehrenamtliche Tätigkeit und deren Wirkfelder	48
4.3. Migration und Engagement – Sichtbarkeit des vielfältigen Engagements von Migrantenselbsthilfeorganisationen (MSO) muss erhöht werden	49
<b>5. STADTRATSBESCHLÜSSE UND EMPFEHLUNGEN AUS ÄLTEREN BERICHTEN – AKTUELLER STAND</b>	53
5.1. Spontanengagement mit der Branddirektion / KVR – Freiwilligen Feuerwehr Handlungskonzept Spontanhilfe und Katastrophenschutz	53
5.2. Förderung gemeinnütziger Organisationen von Vereinen und Initiativen	54
5.3. Förderung und Finanzierung von Initiativen und kleineren Vereinen	55
5.4. Monetarisierung im Bürgerschaftlichen Engagement – Erarbeitung von Leitlinien	55
5.5. Schüler*innenengagement fördern und sichtbar machen	56
5.6. Schule@Ehrenamt	57
5.7. Förderung des gemeinsamen Elternbeirates	58
<b>6. ZUSAMMENSTELLUNG DER EMPFEHLUNGEN DES 8. BERICHTES</b>	59
<b>7. ANHANG</b>	67



# 1. DER FREIWILLIGENRAT – VORSTELLUNG UND MITGLIEDER

Der Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement (BE) ist ein unabhängiges Gremium, das den Entwicklungsprozess des bürgerschaftlichen Engagements in München begleitet, bewertet und innovative Impulse anstößt. Ziel ist die Stärkung des Engagements in all seinen vielfältigen Formen – im Sinne einer aktiven Stadtgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger das Gemeinwesen verantwortungsvoll mitgestalten.

Der Beirat beobachtet Entwicklungen zum bürgerschaftlichen Engagement in München und bundesweit, wertet diese für die kommunale Ebene aus und achtet auf eine nachhaltige Umsetzung. Alle zwei Jahre legt er dem Stadtrat einen Bericht über den Stand und die Perspektiven des Engagements in München vor. Der Münchner Stadtrat beschloss die Einrichtung des Beirats am 2. Dezember 2008; die Geschäftsführung liegt bei FöBE.

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Fachgebiet</b>	<b>Organisation</b>
<b>Huber</b>	Norbert J.	Vorsitzender Freiwilligenrat	Experte Bürgerschaftliches Engagement
<b>Jakob</b>	Kristina	Vorsitzende Freiwilligenrat	Forum BE / Selbsthilfezentrum München
<b>Rotter</b>	Michèle	Geschäftsführung	FöBE
<b>Bartschinski</b>	Tobias	Gesundheit	Alzheimer Gesellschaft München
<b>Braun</b>	Götz	Umwelt	BUND-Naturschutz Bayern
<b>Dengler</b>	Kristina	Wirtschaft	Unternehmen für München / Roland Berger GmbH
<b>Frey</b>	Dietmar	Religionsgemeinschaften	Arbeitsgemeinschaft christlichen Kirchen – ACK
<b>Gül</b>	Nesrin	Migration	Migrationsbeirat München
<b>Ivako</b>	Marion	Freiwillige	BRK München (Betreuung Ehrenamt)
<b>Jakubek</b>	Ulrich	Religionsgemeinschaften	Projektmanagement, Evang. Landeskirche
<b>Konat</b>	Dr. Robert	Kultur	Radio Lora
<b>Kremers</b>	Andrea	Direktorium	Landeshauptstadt München
<b>König</b>	Dr. Andri	Wirtschaftskammer IHK	IHK München und Oberbayern
<b>Laux</b>	Dr. Anna	Sozialpolitischer Diskurs	Kinderschutz München e. V.

<b>Müller</b>	Christine	Freie Träger	ARGE Wohlfahrt / BRK-Kreisverband München
<b>Mylonas</b>	Dr. Basilios	Sozialpolitischer Diskurs	REGSAM
<b>Oswald</b>	Gertrud	Wirtschaftskammer IHK	IHK München und Oberbayern
<b>Pfau</b>	Claudia	Direktorium	Landeshauptstadt München
<b>Pfeffer</b>	Prof. Dr. Fabian	Wissenschaft	Ludwig-Maximilians-Universität
<b>Ratjens</b>	Anne	Kreisjugendring	Kreisjugendring München Stadt
<b>Rachals</b>	Marion	Schule und Kitas	KKT e. V. Interessenvertretung
<b>Reumann</b>	Elena	Hilfsorganisationen	Freiwillige Feuerwehr, Branddirektion
<b>Romano</b>	Carmen	Migration	Migrationsbeirat München
<b>Schönberger</b>	Michael	Hilfsorganisationen	BRK-Kreisverband München
<b>Schubert</b>	Thomas	Umwelt	ADFC München
<b>Stoppenbrink</b>	Prof. Dr. Katja	Wissenschaft	Hochschule München
<b>Veit</b>	Susanne	Landesnetzwerk BE	Bayerische Mütter- und Familienzentren
<b>Wagner</b>	Gerhard	Kreisjugendring	Kreisjugendring München Stadt
<b>Wernert</b>	Aja	Forum BE	BiP Begegnung in Patenschaften; Amt für Wohnen und Migration

Die Liste enthält auch alle aktuellen Stellvertretungen des Freiwilligenrates.

## 2. EINLEITUNG – STÄRKUNG DER DEMOKRATIE UND WIRKUNGSORIENTIERUNG TROTZ KNAPPER MITTEL

München steht vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits prägt ein verändertes gesellschaftliches Klima mit zunehmender Polarisierung, Anti-Woke-Bewegungen und Angriffe auf demokratische Werte den öffentlichen Diskurs. Andererseits zwingen haushaltspolitische Realitäten – nicht zuletzt durch aktuelle Kürzungen – dazu, Prioritäten zu setzen und mit begrenzten Ressourcen maximal wirksam zu handeln. Gerade in dieser Situation zeigt sich, wie unverzichtbar bürgerschaftliches Engagement für den sozialen Zusammenhalt ist. Ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Initiativen sind nicht nur Helfer in der Not, sondern aktive Gestalter unserer Demokratie. Sie schaffen konkrete Räume der Begegnung – sei es in Nachbarschaftszentren, Vereinen, Kulturprojekten oder digitalen Plattformen – und tragen so maßgeblich dazu bei, dass München eine offene, lebendige und widerstandsfähige Stadt bleibt. Besonders in Zeiten, in denen öffentliche Mittel knapp sind, wird deutlich: Demokratie lebt vom Mitmachen, vom „Gemeinwohl“, „Zusammengehörigkeit“, „Vertrauen“, – und sie braucht Orte, an denen dieses möglich wird.

Die **Empfehlungen des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement** sind daher bewusst wirkungsorientiert und kostensensibel formuliert. Sie zielen darauf ab, mit geringem Mitteleinsatz große Wirkung zu entfalten – sei es durch Bürokratieabbau, bessere Vernetzung oder kluge Umverteilung bestehender Ressourcen. Vier zentrale Handlungsfelder stehen dabei im Fokus:

- **Erstens muss das gesellschaftliche Engagement gegen Polarisierung und Diskriminierung gestärkt werden – ohne neue Großprojekte. Stattdessen gilt es, bestehende Strukturen zu optimieren:** etwa durch gezielte Bildungsinitiativen in Schulen, die Unterstützung lokaler Vereine oder Kampagnen, die mit geringem Budget große Sichtbarkeit erreichen. München kann hier als Vorreiterin zeigen, wie eine Stadt mit klugen Kooperationen (z. B. mit Stiftungen oder Unternehmen) Räume für Dialog und Begegnung öffnet – ohne die Haushaltslage weiter zu belasten.
- **Zweitens erfordert die Rolle der Zivilgesellschaft in Zeiten knapper Kassen einen Paradigmenwechsel:** weg von aufwendigen Förderprogrammen, hin zu niedrigschwelligen, bürokratiearmen Lösungen. Ein Mikrofonds für kleine Initiativen (ab 500€ bis 5.000€ pro Projekt) oder die Vereinfachung von Antragsverfahren könnten Hunderte neuer Projekte ermöglichen – ohne zusätzliche Mittel, sondern durch Umverteilung und Effizienzsteigerung. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Ehrenamt nicht als billiger Ersatz für öffentliche Aufgaben instrumentalisiert wird. Engagement ist kein Sparmodell, sondern ein Gemeinschaftsgut, das langfristige Investitionen braucht – auch in schwierigen Haushaltslagen.

- ***Drittens* befindet sich das Unternehmensengagement im Wandel und ist zunehmend von veränderten Arbeitsformen, neuen gesellschaftlichen Erwartungen und regulatorischen Rahmenbedingungen geprägt.** Neben klassischen Formen des Corporate Volunteering gewinnen flexible, digitale und kompetenzbasierte Engagement-Formate an Bedeutung. Gleichzeitig wächst die Rolle von Unternehmen als gesellschaftliche Akteur\*innen, die Verantwortung für soziale Kohäsion, Demokratieförderung und nachhaltige Entwicklung übernehmen. Dabei profitieren sowohl die Stadtgesellschaft als auch die Unternehmen selbst von einem stabilen sozialen Umfeld und engagierten Mitarbeitenden.

Neue Vorgaben im Bereich Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESG, CSRD) beeinflussen das Unternehmensengagement zusätzlich. Sie bergen das Risiko, dass freiwilliges Engagement in den Hintergrund tritt, eröffnen zugleich aber Chancen für eine stärkere Verankerung sozialer und ethischer Aspekte in Unternehmen. Vor diesem Hintergrund wird eine aktive Rolle der Kommune empfohlen, um Entwicklungen frühzeitig zu begleiten, Potenziale zu sichern und Unternehmensengagement gezielt zu fördern.

Der Bericht betont die Bedeutung strategischer Zusammenarbeit zwischen Stadt, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – insbesondere in Zeiten knapper öffentlicher Mittel. Eine koordinierende Rolle der Kommune, klare Bedarfsdefinitionen, Austauschformate sowie langfristige, wirkungsorientierte Partnerschaften können dazu beitragen, Engagement wirksamer und nachhaltiger zu gestalten. Ergänzend wird die Weiterentwicklung bestehender Instrumente wie der Preis Münchens ausgezeichnete Unternehmen empfohlen, um Motivation, Sichtbarkeit und Qualität des Engagements langfristig zu stärken.

- ***Viertens* – und das ist der Schlüssel – braucht Engagement konkrete Räume: Bürgerschaftliches Engagement ist auf Begegnung, gemeinsames Handeln und verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen.** Eine zentrale Voraussetzung dafür sind geeignete physische Räume, die als Treff-, Arbeits- und Veranstaltungsorte dienen. Insbesondere kleinere, selbstorganisierte und migrantische Initiativen sind auf niedrigschwellige, barrierefreie und möglichst kostenfreie Räume angewiesen, da fehlende oder teure Raumangebote eine wesentliche Hürde für dauerhaftes Engagement darstellen.

In München gibt es bereits unterschiedliche bewährte Strukturen zur Raumvermittlung, die durch persönliche Beratung, Vernetzung und gezielte Unterstützung hier einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig stoßen diese Angebote an personelle und räumliche Grenzen. Um bürgerschaftliches Engagement langfristig zu sichern, werden eine stärkere Koordination auf kommunaler Ebene, der Ausbau von Raumkapazitäten, zusätzliche personelle Ressourcen sowie Förderanreize zur Öffnung vorhandener Räume empfohlen. Ziel ist es, Engagement für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu stärken.

Die Stärke dieser Empfehlungen liegt darin, dass sie keine großen neuen Haushaltsposten erfordern, sondern vorhandene Mittel klüger einsetzen und Externe (wie Unternehmen oder Stiftungen) stärker einbinden. Sie zeigen, wie München auch in Zeiten der Kürzungen seine Rolle als „sicherer Hafen“ für Demokratie, Vielfalt und Engagement verteidigen kann – nicht trotz, sondern gerade wegen der knappen Kassen.

Denn eines ist klar: Engagement ist kein Luxus, den man sich in Krisenzeiten nicht leisten kann – es ist die kostengünstigste und nachhaltigste Investition in den sozialen Zusammenhalt. Dieser Bericht ist daher kein Wunschkatalog, sondern ein realistischer Fahrplan, der aufzeigt, wie München mit geringem Mitteleinsatz große Wirkung erzielen kann. Die Frage ist nicht, ob wir uns Engagement leisten können, sondern wie wir es uns nicht leisten können, es zu vernachlässigen – und wie wir mit klugen Lösungen sicherstellen, dass München eine Stadt bleibt, in der jeder mitmachen kann.



### 3. SCHWERPUNKTTHEMEN

#### 3.1. Herausforderung Gesellschaftspolitisches Engagement

Der freiheitliche, demokratische Verfassungsstaat ist die Grundordnung unserer Gesellschaft und lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben. Menschen- und Demokratiefeindlichkeit haben in diesem Staat keinen Platz; sich dagegen zu wehren, gehört zu den Aufgaben einer sich selbst behauptenden, wehrhaften Demokratie und es liegt in der Verantwortung unseres Staates und der Gesellschaft, für den Erhalt der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung einzutreten. Wesentlicher Bestandteil dabei ist, die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Unsere Demokratie fußt auf den in Art. 1 bis 20 des Grundgesetzes garantierten Grundrechten. Diese untersagen u. a. jede Form rassistischer, geschlechtlicher und politischer Diskriminierung und garantieren die Vereinigungsfreiheit. Eine Vielzahl verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen bringt ihren Einfluss in den politischen Prozess ein. Verschiedene intermediäre Gruppen – z. B. Vereine, Initiativen, Gewerkschaften, karitative Organisationen, wissenschaftliche Vereinigungen, Selbsthilfegruppen u. a. m. – verfolgen selbstständig und autonom ihre Ziele innerhalb des politischen Systems. Grundlage dieses Handelns ist für alle beteiligten Akteur\*innen, also auch für Politik und Verwaltung, die Toleranz gegenüber verschiedensten politischen Positionen. Diese Toleranz findet ihre Grenzen in den Menschen- und Grundrechten sowie den weiteren im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Werten. Die gesellschaftspolitische Lage hat sich im Berichtszeitraum drastisch gewandelt. Überwunden geglaubte gesellschaftliche Spannungen und Polarisierungen haben sich weiter vertiefen können. Insbesondere können vier miteinander in Beziehung stehende Dimensionen identifiziert werden. Diese spiegeln sich in weiten Teilen auch in weltweiten Trends wider und beeinflussen auch die Lage in der Landeshauptstadt, die für von Diskriminierung bedrohte Gruppen nach wie vor als ein ‚sicherer Hafen‘<sup>1</sup> innerhalb eines sich

.....

<sup>1</sup> Festzumachen ist die symbolische regionale Hafenfunktion der Landeshauptstadt u. a. auch an den Wahlergebnissen. Die bundesweit nach einem rechtskräftigen Urteil des OVG Münster von 2024 als rechtsextremer Verdachtsfall geltende Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist seit der Bundestagswahl 2025 die zweitstärkste Kraft und größte Oppositionsfraktion im Bundestag. Seit der Landtagswahl 2023 gilt dies auch für Bayern. Die Veränderung der Erststimmenanteile 2023 gegenüber 2018 zeigen dabei eine deutliche Zunahme in zahlreichen Wahlkreisen mit Ausnahme einiger großer Städte, darunter die Landeshauptstadt, in der die AfD mit einem Zuwachs von 0,3 % der Erststimmenanteile im Wahlkreis 104 München-Milbertshofen die geringste Zuwachsrate und mit 4,5 % im Wahlkreis 109 München-Mitte insgesamt auch die bayernweit niedrigste Zustimmung erzielte. ([https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis\\_bayern\\_erststimmen\\_stimmkreis\\_wahlvorschlag\\_vergleich\\_4\\_990.html#anker](https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis_bayern_erststimmen_stimmkreis_wahlvorschlag_vergleich_4_990.html#anker) und [https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis\\_bayern\\_erststimmen\\_stimmkreis\\_wahlvorschlag\\_aktuell\\_4\\_990.html#anker](https://www.landtagswahl2023.bayern.de/ergebnis_bayern_erststimmen_stimmkreis_wahlvorschlag_aktuell_4_990.html#anker).) Insgesamt vergrößerte sich der Stimmenanteil der AfD in Bayern von der Landtagswahl 2023 mit 14,7 % auf 17,4 % bei der Bundestagswahl 2025. (Die Bundeswahlleiterin (2025). Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025. Heft 3. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, S. 329; [https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/5316c01c-8a1e-44d0-8075-eab495f466b6/btw25\\_heft3.pdf](https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/5316c01c-8a1e-44d0-8075-eab495f466b6/btw25_heft3.pdf).)

zunehmend verändernden Umfelds gelten kann und diese Funktion auch weiterhin wahrnehmen sollte.

### **3.1.1. Vier Dimensionen gesellschaftspolitischer Veränderungen**

Die vier Dimensionen gesellschaftspolitischer Veränderungen im Berichtszeitraum lassen sich wie folgt charakterisieren: (1) Verändertes gesellschaftliches Klima; (2) Verunsicherung und begriffliche Deutungsverschiebungen in Bezug auf das Neutralitätsgebot des liberalen Verfassungsstaats; (3) Verfassungs- und menschenrechtsfeindliche Aktivitäten in Initiativen und Vereinen; (4) (Rechts-)Extremistische Radikalisierung, Gruppenbildung und zunehmende Gewaltbereitschaft junger Menschen, insbesondere männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener. Zu den vier Dimensionen im Einzelnen:

#### **(1) Verändertes gesellschaftliches Klima**

In den letzten Jahren ist ein grundlegender Wandel im gesellschaftlichen Klima zu beobachten. Ein zentraler Aspekt dieser Veränderung ist die wachsende Bewegung der Anti-Wokeness. Diese Position richtet sich gegen Bemühungen, soziale Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen sichtbar zu machen und zu bekämpfen. In diesem Kontext hat sich auch ein radikalierter Anti-Feminismus<sup>2</sup> entwickelt, der gegen Errungenschaften der Gleichstellung arbeitet und feministische Forderungen lautstark kritisiert. Parallel dazu greifen neue Formen der Queerfeindlichkeit<sup>3</sup> Platz. Errungenschaften der LGBTQI+-Bewegung werden in Frage gestellt. Initiativen, die für Akzeptanz und Gleichberechtigung kämpfen, haben auch in Deutschland mit Gegenwind zu kämpfen. Angriffe auf Pride-Veranstaltungen verdeutlichen dies.

Diese Entwicklung geht oft Hand in Hand mit hitzigen Debatten über sprachliche Angemessenheit, insbesondere wenn es um gendersensible Sprache geht. Während einige diese als wichtigen Schritt zur Sichtbarkeit und Inklusion einordnen, empfinden andere sie als übertrieben und bevormundend.

Ein weiterer grundsätzlicher Punkt, der in diesem Spannungsfeld steht, ist die Bedeutung der Meinungsfreiheit. Viele Menschen fragen sich, wo die Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und Hassrede verläuft, und wie viel Raum intolerante Ansichten in einer offenen Gesellschaft haben dürfen. Insbesondere Social Media-Plattformen, die

<sup>2</sup> Vgl. für einen übergreifenden Blick die Beiträge in Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.) (2024). *Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen / Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial-Verlag; <https://doi.org/10.30820/9783837962864>.

<sup>3</sup> Vgl. Olaf Tietje (Hg.) (2025). *Queerer Alltag in München. Vom alltäglichen Leben und dem Navigieren in Gewaltverhältnissen*. Lehrbereich Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung. Institut für Soziologie, LMU München; [https://epub.ub.uni-muenchen.de/126931/7/Tietje\\_Hrsg.\\_2025\\_-\\_Queerer\\_Alltag\\_in\\_Muenchen\\_%5Bfinales\\_Dokument%5D.pdf](https://epub.ub.uni-muenchen.de/126931/7/Tietje_Hrsg._2025_-_Queerer_Alltag_in_Muenchen_%5Bfinales_Dokument%5D.pdf) sowie bspw. Anika-Lina Meyer (2024). *Zwischen Sicherheit und Sichtbarkeit. Ein Balanceakt für queere Engagierte*. *Voluntaris. Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement*, 12, 2, S. 28–42; <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2024-2>.

zunehmend zur gezielten, auch KI-gesteuerten Dessemination von Fake News und Desinformation genutzt werden, zeugen von diesen Spannungen. Zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt dabei eine Doppelrolle als Nutznießerinnen und Verteidigerinnen des Grundrechts auf Meinungsfreiheit zu. Menschenrechtsinitiativen verteidigen auch vor Ort die Werte des Grundgesetzes gegen die weltweite Propagation eines libertären (rein wirtschaftsliberalen, weniger an Bürger\*innenrechten orientierten) Verständnisses / Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang steht auch der aus den Vereinigten Staaten stammende zunehmende Druck auf Diversity-, Equity- und Inclusion-Initiativen (DIE) deutscher Unternehmen. Während zahlreiche Unternehmen sich verstärkt für Vielfalt und Inklusion einsetzen, liegt dem „Antidiversitätserlass“ von Präsident Trump im Januar 2025 die Position zugrunde, solche Maßnahmen seien ihrerseits diskriminierend. Unter dem Druck, Aufträge der amerikanischen Regierung zu verlieren, haben auch große deutsche Unternehmen bereits Teile ihrer Programme für Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion eingestellt.

Diese Aspekte zeigen, dass das gesellschaftliche Klima im Wandel ist. Städte spielen eine entscheidende Rolle dabei, eine bunte und diverse Gesellschaft zu fördern, die von Inklusion und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

### Empfehlung an den Stadtrat:

- **Unterstützung von Bildungsinitiativen:** Die Landeshauptstadt sollte (weiterhin) Bildungseinrichtungen und Initiativen unterstützen, die interkulturelles Lernen und Verständnis fördern. (Multi-) Kulturelle Bildungsinhalte wie Sprachlernangebote und interkulturelle Veranstaltungen helfen, Barrieren abzubauen und das Verständnis für Vielfalt zu stärken.
- **Unterstützung lokaler Initiativen und Organisationen:** Die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Organisationen, die sich für Diversität und Inklusion einsetzen, und die Förderung entsprechender Projekte tragen weiterhin zu einer bunten Stadtgesellschaft bei.
- **Schaffung sicherer Räume:** Die Landeshauptstadt kann sichere Treffpunkte und Gemeinschaftszentren für marginalisierte Gruppen schaffen, um sozialen Austausch und Unterstützung zu fördern.
- **Kampagnen gegen Diskriminierung:** Aufklärungskampagnen und Maßnahmen gegen Diskriminierung können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und das Bewusstsein für die Bedeutung von Vielfalt zu stärken.
- **Inklusive Politik und Verwaltung:** Durch die Implementierung von Diversitätsstrategien innerhalb der Stadtverwaltung und das Engagement in gemeinschaftlichen

Entscheidungsprozessen kann die Landeshauptstadt sicherstellen, dass vielfältige Perspektiven vertreten sind und eine inklusive Politik gefördert wird.

---

## **(2) Verunsicherung und begriffliche Deutungsverschiebungen in Bezug auf das Neutralitätsgebot des liberalen Verfassungsstaats**

Zivilgesellschaftliche Organisationen und andere nichtstaatliche Einrichtungen sind keine Staatsorgane und damit grundsätzlich nicht wie die Staatsorgane der Neutralität im politischen Wettbewerb der Parteien verpflichtet. Nur Staatsorgane dürfen nicht zu Gunsten oder zu Lasten einer politischen Partei Stellung nehmen und auf den Parteienwettbewerb einwirken. Zivilgesellschaftliche Organisationen unterliegen grundsätzlich keinem Neutralitätsgebot.

Das gesellschaftspolitische Engagement der Vereine und Verbände ist vorrangig alleinige Aufgabe dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse. Dafür erheben sie Mitgliedsbeiträge. In einer Großstadt wie München sind indes sogar mit großen Ressourcen ausgestattete Organisationen wie z. B. die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, Jugendverbände und Organisationen, aber auch der Sport, der Alpenverein oder der Bauernverband auf staatliche Förderung angewiesen, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabenstellung gerecht zu werden.

Eine Übertragung des staatlichen Neutralitätsgebots von öffentlichen Fördermittelgeber\*innen auf nichtstaatliche Akteur\*innen entspricht trotz dieser staatlichen Förderung nicht der Ratio des grundgesetzlichen Neutralitätsgebots. Staatliche Akteur\*innen sind aufgefordert, bei der finanziellen Förderung von bürgerschaftlichem Engagement die grundrechtlichen Freiheiten freier Träger durch die Regelungen in Förderbedingungen nicht einzuschränken. Die pauschale Übertragung des Neutralitätsgebotes ist vor dem Hintergrund des grundrechtlichen Schutzes der Meinungsfreiheit der freien Träger nicht angezeigt. Nicht nur die Kleine Anfrage der CDU / CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Förderungswürdigkeit zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen<sup>4</sup>, darunter z. B. der Verein Omas gegen Rechts Deutschland e. V., sondern auch die Infragestellung der Gemeinnützigkeit von prominenten Organisationen wie attac oder München ist Bunt hat bei zahlreichen Vereinen und Organisationen große Befürchtungen ausgelöst, dass ihr gesellschaftspolitisches Engagement die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit bedrohen könnte.

Ungeachtet dessen hat der Staat, hier die Landeshauptstadt München, im Bereich der freiwilligen Leistungen, und darunter fällt zu einem guten Teil die Förderung des bürgerschaftlichen zivilgesellschaftlichen Engagements, das Recht und die Möglichkeit im Sinne

---

<sup>4</sup> Vgl. die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU / CSU „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ vom 24.02.2025; BT-Drs. 20 / 15035, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf>, sowie die Antwort der Bundesregierung vom 12.03.2025; BT-Drs. Drucksache 20 / 15101; <https://dserver.bundestag.de/btd/20/151/2015101.pdf>.

des Grundgesetzes durch Förderprogramme richtunggebend vorzugehen oder Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. Dies sollte jedoch nicht zu eindimensionalen Förderschwerpunkten oder gar zur gesellschaftspolitischen Entpolitisierung von Förderprogrammen führen. Auch die Absage an Gesellschaftspolitik ist vor dem Hintergrund der demokratiefördernden Wirkungen des gesellschaftspolitischen Engagements von Initiativen und Vereinen ihrerseits ‚Gesellschaftspolitik‘! Daher sollte die Landeshauptstadt München darauf achten, dass wesentliche Bereiche bürgerschaftlichen Engagements durch die Ausrichtung ihrer Förderpolitik nicht auf eine kontraproduktive Weise entpolitisiert werden. Zur Illustration lassen sich folgende Beispiele anführen:

- Beamtenrechtliche Anforderungen an Neutralität – besonders relevant etwa in Polizei, Leistungsverwaltung und Schule – verbieten keine Stellungnahme zugunsten freiheitlicher politischer Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte. Sie können diese vielmehr gerade gebieten.<sup>5</sup>
- Lehrkräfte sind nicht nur Bildungsvermittler\*innen. Sie sind auch politische Subjekte unserer Gesellschaft. Sie engagieren sich im Privaten in gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen. Dieses Engagement soll auch im schulischen Rahmen vorbildlich sichtbar werden können.
- Schule muss sich, vor allem im Bereich der Ganztagsbeschulung, dem Sozialraum öffnen. Die Öffnung darf jedoch nicht alleine auf vermeintlich unpolitische gesellschaftliche Gruppen und Organisationen beschränkt bleiben. Schüler\*innen werden nicht alleine durch Lesepat\*innen zu mündigen Bürger\*innen (siehe hierzu die Broschüre der Landeshauptstadt „Neutrale Schule“<sup>6</sup>).

### Empfehlung an den Stadtrat:

- **Anerkennung und Förderung gesellschaftspolitischen Engagements der Zivilgesellschaft:** Grundsätzlich ist auch gesellschaftspolitisches Engagement wesentlicher Bestandteil der Arbeit bürgerschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und muss weiterhin möglich sein und gefördert werden. Dabei muss immer die Pluralität der politischen Positionen auf dem Fundament der freiheitlich demokratischen Grundordnung gewahrt bleiben.
- **Unabhängigkeit kommunaler Förderung von steuerrechtlicher Gemeinnützigkeit:** Die Förderungsfähigkeit von bürgerschaftlichem Engagement darf nicht an das steuerrechtliche Kriterium der Gemeinnützigkeit geknüpft werden.

<sup>5</sup> Vgl. Hendrik Cremer (2019). Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte; [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse\\_Das\\_Neutralitaetsgebot\\_in\\_der\\_Bildung.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf).

<sup>6</sup> Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München (2024). „Neutrale Schule? Grundlagen und Grenzen des Neutralitätsgebots in der Schule“; [https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:bd23e732-0f8a-44e7-bad1-a15c3985b953/Neutrale%20Schule\\_101224.pdf](https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:bd23e732-0f8a-44e7-bad1-a15c3985b953/Neutrale%20Schule_101224.pdf).

- **Unabhängigkeit kommunaler Förderung von der gewählten Rechtsform:** Die Förderungsfähigkeit darf zudem nicht an die Rechtspersönlichkeit einer Gruppe oder Initiative (z. B. eingetragener Verein) geknüpft werden.
- 

**(3) Verfassungs- und menschenrechtsfeindliche Aktivitäten in Initiativen und Vereinen einschließlich tatsächlicher, vermuteter oder befürchteter Bestrebungen der ‚Unterwanderung‘ durch insbesondere rechtsextreme und rechts-extremistische Gruppen.**

Rechtsextreme und rechtsextremistische Gruppierungen verfolgen gezielt Strategien zur Unterwanderung von Initiativen, Vereinen und gesellschaftlichen Strukturen wie z. B. Elternbeiräten. Diese Aktivitäten mögen im Einzelnen unerheblich erscheinen, stellen insgesamt aber eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar. ‚Gewöhnliches‘ bürgerschaftliches Engagement wird z. T. gerade als Taktik genutzt, um Zugang zu Organisationen zu erhalten und mittelfristig das eigene Gedankengut zu verbreiten und gesellschaftlichen Einfluss zu erlangen. Dabei kann es sich um Sportvereine, Bürgervereine, Stadtteilinitiativen u. a. handeln. Vereine spielen eine wichtige Rolle im sozialen Gefüge und müssen die Mittel erhalten, sich effektiv gegen extremistische Bestrebungen aus dem Kreis der eigenen Mitglieder zu schützen. Die Landeshauptstadt kann Vereine und Initiativen (unabhängig von der Rechtsform) dabei unterstützen und damit eine inklusive, respektvolle Zivilgesellschaft bewahren helfen.

**Empfehlung an den Stadtrat:**

- **Stärkung von Demokratie und Menschenrechten:** Ziel aller Maßnahmen der Landeshauptstadt im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements muss die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sein, die sich auf dem Boden von Grundgesetz und Menschenrechten befinden; dies beinhaltet auch Maßnahmen zur Abwehr gegenläufiger Aktivitäten und Kräfte.
- **Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen:** Extremismusprävention beginnt niederschwellig. Vereine sollten in der Landeshauptstadt eine Möglichkeit haben, sich im Falle verdächtiger Aktivitäten oder Äußerungen von Mitgliedern beraten zu lassen. Durch eine schnelle Reaktion können Vereine der Verbreitung von Extremismus entgegenwirken.
- **Aufklärung, Beratung und Schulung:** Die Landeshauptstadt sollte aktiv beitragen, dass Vereine ein Umfeld gewährleisten können, das Vielfalt respektiert und der Unterwanderung durch extremistische Ideologien entgegenwirken kann. Dies kann z. B. durch die Bereitstellung von Informationen zur Gestaltung von Vereinssatzungen, von Aufnahmeverfahren für Neumitglieder, zu Möglichkeiten bei Sanktionierung

oder Ausschluss von satzungswidrig agierenden Vereinsmitgliedern geschehen. Die Landeshauptstadt sollte aktiv Beratungen und Schulungen für Vereine und Initiativen anbieten und im Austausch mit diesen die Identifikation weiterer Instrumente fördern, die ein Engagement extremistisch oder verfassungsfeindlich gesinnter Personen oder gar eine regelrechte ‚Unterwanderung‘ durch solche Kräfte verhindern können.

---

#### **(4) (Rechts-)Extremistische Radikalisierung, Gruppenbildung und zunehmende Gewaltbereitschaft junger Menschen, insbesondere männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener**

(Rechts-)Extremistische Radikalisierung, Gruppenbildung und zunehmende Gewaltbereitschaft junger Menschen – insbesondere männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener – stellen in Deutschland ein wachsendes sicherheitspolitisches und gesellschaftliches Problem dar. Aktuelle Daten und Analysen zeigen eine besorgniserregende Entwicklung. Im Jahr 2024 ist ein Höchststand politisch motivierter Straftaten seit Einführung der Statistik 2001 und ein Anstieg von 40 % gegenüber 2023 zu verzeichnen. Etwa die Hälfte davon (42.788 Delikte) zeugt von rechtsextremistischem Gedankengut. Dies stellt einen Anstieg von 48 % gegenüber dem Vorjahr dar<sup>7</sup>. Auffallend ist die zunehmende Radikalisierung insbesondere männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener sowie die zunehmende Organisation rechter Jugendgruppen, die oftmals gezielt Kampfsport trainieren und Straftaten vorbereiten und begehen. Die Radikalisierung erfolgt dabei in der Regel über soziale Medien, Onlineforen und einschlägige Chatgruppen.

Die Zunahme von Gruppenbildung und Gewaltbereitschaft stellt nur die Spitze des Eisbergs einer allgemein zu beobachtenden Rechtsorientierung junger Männer dar. Für Deutschland zeigt die *Shell-Jugendstudie 2024*<sup>8</sup>, dass sich rund ein Viertel der männlichen Jugendlichen als „rechts“ oder „eher rechts“ einordnen (2019: 16 %). Dies unterscheidet sich deutlich von der Selbstverortung junger Frauen (2024: 11 %, 2019: 10 %). Bei der Bundestagswahl 2025 war die AfD mit 21 % zweitstärkste Kraft bei Wähler\*innen unter 25 Jahren.<sup>9</sup> Für die USA zeigt die im Frühjahr 2025 durchgeführte *Yale Youth Poll*<sup>10</sup> ähnliche Daten auf: Junge Wähler\*innen im Alter von 18 bis 21 Jahren bevorzugen mit einem deutlichen Vorsprung von 11,7 % Kandidierende der republikanischen Partei gegenüber Kandidierenden der

<sup>7</sup> Daten aus der Pressemitteilung von Bundesministerium des Innern und Bundeskriminalamt vom 25.05.2025; <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/05/pmk2024.html>. Vgl. die Gesamtentwicklung seit 2001 unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/569650/umfrage/politisch-motivierte-straftaten-im-bereich-rechts-in-deutschland/>.

<sup>8</sup> Mathias Albert/Gudrun Quenzel/Frederick de Moll/Ingo Leven/Sophia McDonnell/Anna Rysina/Ulrich Schneekloth/Sabine Wolfert (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Weinheim: Beltz.

<sup>9</sup> <https://de.statista.com/infografik/33994/stimmenanteile-bei-der-bundestagswahl-2025-nach-altersgruppen/> Vgl. dazu etwa: Daniel Mullis (2025). Die Popularität der extremen Rechten unter jungen Wähler\*innen. *Die Deutsche Schule (DDS)*, 117, 1+2, S. 44 – 59; <https://elibrary.utb.de/doi/epdf/10.31244/dds.2025.02.05>.

<sup>10</sup> <https://youthpoll.yale.edu/spring-2025-results>

Demokratischen Partei der USA, während ältere Wähler\*innen im Alter von 22 bis 29 Jahren demokratische Kandidierende mit einem Vorsprung von 6,4 Prozentpunkten präferieren.<sup>11</sup>

Auch wenn Jugendarbeit<sup>12</sup> und politische Bildungsarbeit nicht darauf verkürzt werden dürfen, spielen sie doch eine Rolle im Rahmen von Maßnahmen zur Extremismusprävention<sup>13</sup> und können wichtige Foren der politischen Sozialisation Jugendlicher sein. Hier setzen die Empfehlungen für die kommunale Ebene an.

### Entsprechend an den Stadtrat:

- **Bedeutung der Jugendarbeit:** Die Jugendarbeit sollte gerade angesichts des aktuellen Zulaufs zu (rechts-)extremistischen Initiativen gestärkt und die Unterstützung keinesfalls zurückgefahren werden. Auch wenn insgesamt gespart werden muss: Gerade in diesem sensiblen Bereich, der zum erklärten Rekrutierungsziel insbesondere rechtsextremistischer Gruppen geworden ist, dürfen Angebote aktuell nicht wegfallen.
- **Zielgruppenansprache:** Die Zielgruppen sollten genauer adressiert werden; attraktive Angebote insbesondere für männliche Jugendliche und junge Erwachsene fehlen oftmals.
- **Aufklärung und Sensibilisierung:** Schulungen und Workshops zur Erkennung von rechtsextremen Ideologien und Symbolen können das Bewusstsein erhöhen und eine klare Abgrenzung fördern. Zielgruppen sollten Lehrkräfte, Verantwortliche in der Jugendarbeit als Multiplikator\*innen sowie Jugendliche und junge Erwachsene selbst sein. Die Landeshauptstadt sollte selbst entsprechende Angebote machen und Initiativen zur Extremismusprävention aktiv fördern.
- **Demokratie- und Menschenrechtsbildung:** Insgesamt ist ein verstärktes Bemühen um Demokratiebildung in der Fläche erforderlich: Es gilt, die politische Bildung einschließlich der Menschenrechtsbildung in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit zu stärken statt zurückzufahren!
- **Stärkung bürgerschaftlichen Engagements angesichts der Herausforderungen der Gegenwart:** Die positiven Entwicklungen zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements der letzten Jahre und Jahrzehnte stehen angesichts knapper Haushaltsmittel aktuell unter Druck. Die Förderung von Engagement gehört zwar nicht zu

<sup>11</sup> <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1JhSWPVcKK6tdufsa52TeRk3JRwSsgtIVQP1ZAa8fg4/edit?gid=1044711413#gid=1044711413>

<sup>12</sup> Vgl. Silke Baer / Harald Weilnböck (2019). „Same, same, but different“? Prinzipien von Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention. dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 22, S. 4–9; [https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2019/11/KVJS\\_dreizehn\\_Nr22\\_05\\_WEB.pdf](https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2019/11/KVJS_dreizehn_Nr22_05_WEB.pdf).

<sup>13</sup> Vgl. Sina Maria Nietz (2024). Phänomenübergreifende Extremismusprävention – Ansätze für die Jugendhilfe. Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, 55, 1, Welche Jugendhilfe brauchen Jugendliche?, S. 32–41.

kommunalen Pflichtaufgaben, ist aber von großer Bedeutung für eine lebendige und vielfältige lokale Zivilgesellschaft. In Gemeinschaft mit anderen können sich einzelne, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, besser zunehmenden rassistischen oder diskriminierenden Tendenzen entgegensetzen. Gerade auf kommunaler Ebene ist es daher wichtig, etablierte Strukturen nicht in Frage zu stellen, sondern zu erhalten und die vorhandenen Angebote an die sich wandelnden Bedürfnisse der Engagierten und ihrer Adressat\*innen anzupassen und weiterzuentwickeln. Bei Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene sollte gerade nicht gespart werden; sie sollten mit zeitgemäßen Formen der Ansprache mehr und besser in den Blick genommen werden!

---

### **3.2. Rolle der Zivilgesellschaft in Zeiten knapper Kassen**

„Wer in nachhaltige Strukturen der Zivilgesellschaft investiert, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie“, so der Vorsitzende des BBE-Sprecher\*innenrates Rainer Hub.<sup>14</sup>

Siri Hummel und Rupert Graf Strachwitz kommen zu folgender Einschätzung: „Die rund 800.000 Bewegungen, Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft in Deutschland unterscheiden sich in Größe, Funktionen, Rechtsformen und Zielen erheblich. Gemeinsam ist ihnen, dass sie auf Selbstermächtigung und Selbstorganisation gegründet sind, keine staatlichen oder hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen und nicht primär auf Gewinnerzielung, sondern subjektiv auf die Förderung des allgemeinen Wohls ausgerichtet sind. Zur Erfüllung ihrer Mission sind sie auf solidarische Gaben von Empathie sowie Zeit, Sach- und Geldspenden angewiesen. Zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) lassen sich darüber hinaus nicht nur nach ihrer Zielsetzung (etwa Sport, Bildung oder Menschenrechte), sondern auch nach ihrer Funktion unterscheiden. Zu diesen Funktionen gehören neben der Erbringung von Dienstleistungen (etwa durch die Wohlfahrtsverbände) auch solche Dinge wie Themenanwaltschaften (beispielsweise durch Menschen- und Bürgerrechtsgruppen), Wächteraufgaben (etwa der Verbraucherschutzverbände), Mittlerfunktionen (zum Beispiel von Dachverbänden oder Förderinstitutionen), Selbsthilfe (von Sportvereinen oder Patientenselbsthilfen), politische Mitgestaltung (etwa durch Think Tanks) sowie, geradezu zentral, die Funktion der Gemeinschaftsbildung. In freiwilligen Gemeinschaften, also solchen, in denen das Gemeinschaftserlebnis im Mittelpunkt der Tätigkeit steht – etwa in Kegel-, Trachten-, Schützen- oder Karnevalsvereinen, aber auch in solchen, in denen dies ein unverzichtbares Attribut der Sinnstiftung und Zielerfüllung

.....  
<sup>14</sup> BBE „Pressemitteilung des BBE zum Koalitionsvertrag 2025 vom 10. April 2025.

darstellt, etwa in Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Freundeskreisen (etwa von Kultureinrichtungen) –, wird permanent das Zusammenleben mit anderen erprobt, eingeübt und praktiziert.“<sup>15</sup>

Rupert Graf Strachwitz erinnert daran, „Das alles ist nicht neu! Denn ohne Zivilgesellschaft keine Umweltbewegung, keine Friedensbewegung, keine Frauenbewegung – und keine Mauerfall! Und schon lange bevor man den Begriff Zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) verwendete, war ohne die Vereine ein Gemeinschaftsleben ebenso wenig denkbar wie ohne die freien Träger eine stabile und engagierte Krankenfürsorge, Kinderbetreuung und Wahrnehmung vieler anderer sozialer Aufgaben, die der Staat gewährleisten sollte.“<sup>16</sup>

Auf Grund dieser Bewertungen kommt der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement zu folgenden Einschätzungen:

### **3.2.1. Ehrenamt (Freiwillige Tätigkeit) muss man sich leisten können:**

„Als freiwilliges Engagement werden im Freiwilligensurvey Tätigkeiten erfasst, die freiwillig und gemeinschaftsbezogen ausgeübt werden, im öffentlichen Raum stattfinden und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet sind.“ (5. Freiwilligensurvey 2019, S. 7). In Anlehnung daran hat der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement der LHM sein Verständnis im Anhang seines 7. Berichtes 2003 an den Stadtrat der LHM formuliert.

Ein Ehrenamt zu übernehmen, ist eine Entscheidung, die von vielen Faktoren abhängt. Es ist nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch der Möglichkeit, die Zeit, Energie und Ressourcen dafür aufzubringen. Berufstätigkeit und Gesundheit sind dabei wichtige Aspekte, aber auch soziale Kontakte, persönliche Motive und die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen, spielen eine Rolle.

Zunehmend gibt es Berichte, dass Ehrenamtliche ihre Tätigkeit aufgeben. Wenn die entstehenden Aufwendungen, wie Fahrtkosten nicht ersetzt werden, können sie sich das Engagement nicht leisten. Einige Organisationen haben die Ehrenamtlichen vollumfänglich integriert und erstatten die Aufwendungen, um das vielfältige Angebot aufrechtzuerhalten.

Ehrenamtliches Engagement sollte nicht mit finanziellen Nachteilen verbunden sein. Deshalb ist es selbstverständlich, dass notwendige Ausgaben – wie Fahrtkosten, Material oder andere Aufwendungen, die für die ehrenamtliche Tätigkeit anfallen – erstattet werden können. Freie Träger, Vereine und Initiativen, Körperschaften und auch die Stadtverwaltung

---

<sup>15</sup> Siri Hummel – Rupert Graf Strachwitz: Zivilgesellschaft und Gesellschaftlicher Zusammenhalt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Im Dienst der Gesellschaft, 71. Jahrgang, 13–15 / 2021, 29. März 2021.

<sup>16</sup> Strachwitz, Rupert Graf in „Generalangriff auf die Zivilgesellschaft? Überlegungen für die Entwicklung der Demokratie“, Opusculum Nr. 199, gesis, Leibnitz-Institut für Sozialwissenschaften, 2025.

können ehrenamtliche Tätigkeiten durch Aufwandsentschädigungen, wie die Ehrenamts- oder Übungsleiterpauschale, honorieren und Auslagen erstatten.

- Die Ehrenamtspauschale
- Die Übungsleiterpauschale
- Der Übungsleiterfreibetrag
- Der Auslagenersatz
- Die Aufwandsentschädigung<sup>17</sup>

In einzelnen Bereichen, z. B. Schöffentätigkeit, Tätigkeit in regelmäßigen Gremien, gibt es diverse, teilweise auch städtische Regelungen.

Es kann nicht sein, dass die ehrenamtliche Tätigkeit von den persönlichen, finanziellen Verhältnissen des Ehrenamtlichen abhängig ist.

In der Förderung von ehrenamtlichem Engagement ist es zwingend geboten, die Voraussetzungen zu schaffen, den notwendigen und nachweislichen Aufwand der Ehrenamtlichen zu erstatten.

### **3.2.2. Ehrenamt kann keine öffentlichen Aufgaben ersetzen und dient nicht der Daseinsfürsorge.**

Ehrenamt und freiwillige Tätigkeit sind zwar verbindlich, aber dies darf nicht dazu führen, dass öffentliche Aufgaben, wie u. a. die Daseinsfürsorge, ersetzt werden.<sup>18</sup>

### **3.2.3. Keine Einsparungen, wenn die soziale Not / Abstieg zunimmt**

Gerade in Zeiten von Stellenabbau, Kürzungen und Einsparungen darf es keine Kürzungen im sozialen Bereich und schon gar nicht in der Förderung von zivilgesellschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement geben. Bei allen Beschlüssen des Stadtrates ist darauf zu achten, dass es gerade in Zeiten zunehmender Not keine Kürzungen beim Ehrenamt gibt.

<sup>17</sup> <https://deutsches-ehrenamt.de/steuern-finanzen/aufwandsentschaedigung-verguetung>

<sup>18</sup> Der Siebte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften S. 28 ff.

## Empfehlung an den Stadtrat:

### Der Stadtrat beschließt Richtlinien für eine Aufwandsentschädigung.

- Hierzu sind Empfehlungen durch die Referate, federführend durch das Sozialreferat, in Abstimmung mit der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium und dem Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement BE innerhalb eines Jahres zu erstellen und dem Stadtrat zu berichten. Die erforderlichen Mittel sind sowohl im Zuschuss- wie auch Entgeltbereich einzuplanen. Die freien Träger sind über die Bedingungen zu informieren.
  - Die städtische Verwaltung und der Stadtrat achten gerade in den nächsten Jahren darauf, dass es zu keinen Kürzungen im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit und in den Haushaltsbereichen kommt.
  - Die Referate und Beteiligungsorganisationen der Stadt sind darüber zu informieren, dass Ehrenamt keine öffentlichen Aufgaben ersetzen darf.
- 

#### 3.2.4. Vereinfachte Förderung von kleinen Initiativen

Die Zivilgesellschaft ist in München stark und es gibt aktuelle viele engagierte Akteur\*innen und Initiativen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Freiwilligenarbeit.

Die Hürden und Voraussetzungen für einen Zuschuss sind derzeit (meistens) bei kleinen Förderungen bis zu 5.000€ genauso hoch wie für einen Zuschuss von mehreren Hunderttausend Euro. Grundlage ist hier in der Regel die Bayerische Haushaltsordnung, insbesondere die Anforderungen zur Projektförderung wie z. B.

- Projekte dürfen vor der Genehmigung eines Zuschusses nicht begonnen sein
- Voraussetzung ist oft ein gemeinnütziger Verein als Antragsteller
- Ohne Eigenmittel kein Zuschuss – Fehlbedarfsfinanzierung

## Empfehlung an den Stadtrat:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung (Direktorium), ihm Richtlinien (revisionsicher) für ein vereinfachtes Förderverfahren für Zuschüsse unterhalb von 5.000€ innerhalb eines Jahres vorzulegen. Grundsätzlich ist hier Festbetragsfinanzierung anzuwenden.

---

### **3.2.5. Förderung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Akteur\*innen – Wettbewerbe**

Es gibt bundesweit jährlich viele Wettbewerbe zu Förderung von ehrenamtlichen Aktivitäten (siehe Anhang). Der Vorteil dieses Angebotes ist es, dass sich die Teilnehmer\*innen völlig auf die Erbringung der Aufgabe konzentrieren können. Zudem ist auch eine Steuerung der jährlichen Themen durch den Stadtrat möglich, beispielsweise Integration oder Förderung von Demokratie in Schulen. Der regionale Bezug, also die Stadt, bietet zudem eine gute Darstellung in der Öffentlichkeit. Es muss nur das Ergebnis per Foto, Video etc. als Nachweis vorgelegt werden. Eine Jury kann eingesetzt werden. Es muss kein Antrag gestellt werden. Für einen kleinen Preis von z. B. 300€ muss kein Verwendungsnachweis erstellt werden. Es geht um eine breite Streuung der Preise, wie z. B. der Gut Engagiert BürgerPREIS Rhein-Kreis-Neuss oder der Engagementpreis der Stadt Rahden. Es geht darum viele Akteur\*innen zu erreichen und dies öffentlichkeitswirksam ggf. mit Unterstützung von Unternehmen zu präsentieren.

#### **Empfehlung an den Stadtrat:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für ggf. auch stadtteilbezogene Wettbewerbe zur Förderung von zivilgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement mit vielen kleinen Preisen zu erstellen.

---

### **3.2.6. Gesellschaftliche Anerkennung von Ehrenamt**

Die Landeshauptstadt München hat sich dankenswerterweise für die Ehrenamtskarte sowie Auszeichnungen wie München Leuchtet oder München Dankt entschieden. Hiermit wird ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements geleistet. Weitere Formen der Anerkennung und Wertschätzung sollen entwickelt bzw. unterstützt werden.

### **3.2.7. Ehrenamtsquote in Unternehmen**

Es fehlt oft an der gesellschaftlicher Anerkennung gegenüber den Arbeitgebern / Unternehmen, die häufig nur den Arbeitsausfall, nicht aber den Gewinn für ihr Unternehmen zu sehen. Ehrenamtliches Engagement findet auch oft ad-hoc bei ungeplanten Ereignissen oder Anlässen statt. Sicherlich sind hier in erster Linie die klassischen Hilfsorganisationen zu sehen. Aber auch bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement, wie bei den Flüchtlingsarbeit, hält sich nicht an „arbeitsfreie“ Zeiten.

Allzu oft fehlt es an der Bereitschaft der Arbeitgeber diese Mitarbeiter freizustellen, auch wenn es in einigen Fällen eine Lohnausfallerstattung seitens des Staates gibt. Trotz dieser vermeintlichen Aufwandsneutralität wird diesen Ehrenamtliche nicht das notwendige Verständnis und Entgegenkommen zuteil.

Vorstellbar wäre eine Quote, ähnlich der Schwerbehindertenquote für Unternehmen. Damit wäre ein Anreiz für Unternehmen gegeben, Ehrenamt auch im Unternehmen zu unterstützen.

#### **Empfehlung an den Stadtrat:**

Die Landeshauptstadt München prüft, wie bei der Vergabe / Ausschreibung von Dienstleistungen in der Bewertungsmatrix die Förderung von Ehrenamt in den Beurteilungskatalog aufgenommen werden kann.

---

### **3.3. Unternehmensengagement im Wandel – Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen**

Vorliegender Bericht beleuchtet die tiefgreifenden Veränderungen, vor denen das Engagement von Unternehmen und ihren Mitarbeitenden heute steht. Der Bericht setzt sich u. a. mit einer neuen EU-Richtlinie zum Nachhaltigkeits-Berichtswesen von Unternehmen auseinander. Diese verpflichten Unternehmen, umfassend und standardisiert über ihre ökologischen und sozialen Auswirkungen zu berichten. Unser Anliegen ist es, den Stadtrat u. a. für diese Entwicklungen zu sensibilisieren. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass die Chancen für bürgerschaftliches Engagement – für Unternehmen, Münchner Organisationen, die Stadtverwaltung und deren Beschäftigte – steigen, sich aktiv einzubringen.

#### **3.3.1. Der Wandel des Unternehmensengagements: Von traditionellen Ansätzen zu modernen Formen**

Unternehmensengagement – also das Engagement von Unternehmen und ihren Mitarbeitenden – hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Während in den 1970er- und 1980er-Jahren Corporate Volunteering oft mit praktischen, vielfach physischen Einsätzen verbunden war, wie dem Streichen von Wänden in sozialen Einrichtungen oder gemeinsamen Social Days in Kindergärten, sind die Anforderungen und Möglichkeiten heute deutlich vielfältiger.

Dennoch wird das Engagement von Mitarbeitenden in der Praxis häufig noch in traditionellen Mustern gedacht, obwohl sich sowohl die Arbeitswelt als auch die Erwartungen und Bedürfnisse der Mitarbeitenden stark gewandelt haben. Ein zentraler Grund für diesen Wandel liegt in der Veränderung der Arbeitswelt und ihrer Arbeitsweisen: flachere Hierarchien, flexiblere Arbeitsmodelle, Homeoffice und der Wunsch nach sinnstiftender Arbeit (Purpose-Driven Work) sind in der breiten Masse der Beschäftigten angekommen. Diese Entwicklungen eröffnen neue Potenziale für Engagement.

So können sich Mitarbeitende heute virtuell engagieren, was geografische und zeitliche Einschränkungen reduziert. Ehrenamtliches Engagement findet zunehmend auch innerhalb des eigenen Unternehmens statt – etwa in Bereichen wie Nachhaltigkeit, Diversität oder dem allgemeinen Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Hier engagieren sich Mitarbeitende in ihrem Arbeitsumfeld, aber abseits ihrer eigentlichen Tätigkeit – ein Bereich, den es früher weniger gab, zumindest war er nicht formalisiert.

Dennoch verdient auch das traditionelle Volunteering weiterhin einen festen Platz im Engagementportfolio von Unternehmen. Gerade in Zeiten, in denen Teams durch Homeoffice und flexible Arbeitsmodelle weniger persönlichen Kontakt haben, kann das gemeinsame Arbeiten mit und für eine gemeinnützige Organisation den Teamzusammenhalt und die Identifikation mit dem Unternehmen fördern.

Wichtig dabei ist, dass solche Aktionen professionell geplant und umgesetzt werden. Es muss sichergestellt sein, dass der Einsatz von Mitarbeitenden – insbesondere wenn sie fachfremd sind – für die gemeinnützige Organisation tatsächlich einen Nutzen bringt und nicht zusätzliche Arbeit verursacht. Eine gut vorbereitete Aktion soll in erster Linie der NGO helfen und nicht ihr Leben verkomplizieren.

Die aktuelle gesellschaftliche Situation bringt dabei zusätzliche Herausforderungen mit sich, die nur im Schulterschluss von Engagement der Mitarbeitenden, Kommunen und Non-Profit-Organisationen bewältigt werden können. Ein Beispiel hierfür ist die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die nur in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen funktionieren kann.

Ein weiteres Beispiel ist der Schutz der Demokratie vor den Gefahren, die von rechts-populistischen und extremistischen Strömungen ausgehen. Dies erfordert ein gemeinsames und entschlossenes Handeln der Akteur\*innen Unternehmen, Kommunen und Zivilgesellschaft. Corporate Volunteering kann hier eine wichtige Brücke schlagen, um Mitarbeitende aktiv in gesellschaftlich relevante Themen einzubinden und so einen Beitrag zur Stärkung demokratischer Werte zu leisten.

Die Tatsache, dass viele Mitarbeitende nicht mehr täglich ins Büro kommen, verändert die Dynamik des Engagements – wir haben dies bereits erwähnt. Soziales Engagement war früher häufig als Teambuilding-Maßnahme gedacht und nicht immer zielführend für die Einrichtung, die unterstützt werden sollte. Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen,

Aktivitäten stärker in die lokale Nachbarschaft (Stadtviertel) der Mitarbeitenden zu verlagern. Dies würde es ermöglichen, das Engagement an den veränderten Arbeitsalltag anzupassen und gleichzeitig die Verbindung zwischen Unternehmen und dem direkten Lebensumfeld ihrer Beschäftigten zu stärken.

Darüber hinaus geht heutiges Unternehmensengagement weit über das klassische Volunteering einzelner Mitarbeitender hinaus: Unternehmen und Unternehmensführungen insgesamt sind durch die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen ebenso wie durch die unter Druck geratene Demokratie, knappe öffentliche Kassen, den Fachkräftemangel und neue gesetzliche Vorgaben – wie die Regulatorik im Bereich ESG – viel stärker gefordert, sich mit ihren vielfältigen Möglichkeiten zu engagieren. Sie sind dazu aufgerufen, Mitverantwortung zu übernehmen, Themen und Projekte im gemeinnützigen Bereich auch finanziell zu fördern und Position zu gesellschaftlich relevanten Themen zu beziehen wie beispielsweise zur Migration. Von diesem Engagement profitiert nicht nur die Gesellschaft, sondern es profitieren auch die Unternehmen selbst: Durch ihren Einsatz leisten sie einen Beitrag dazu, dass unsere Gesellschaft, die stark unter Druck geraten ist, stabil bleibt und sich positiv und solidarisch weiterentwickelt und somit auch den Unternehmen selbst ein stabiles Fundament für ihre Wirtschaftsaktivität bietet.

**Zusammenfassend** zeigt sich, dass Corporate Volunteering heute weit über traditionelle Ansätze hinausgeht. Unternehmen (und auch NGOs) sollten die neuen Möglichkeiten nutzen, um Engagement zeitgemäß zu gestalten und Mitarbeitenden eine sinnvolle und flexible Plattform für ihren Einsatz zu bieten. Gleichzeitig kann ein starkes Engagement der Mitarbeitenden und der Unternehmen insgesamt dazu beitragen, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam und nachhaltig zu bewältigen.

### **3.3.2. Neue regulatorische Rahmenbedingungen: ESG<sup>19</sup> und CSRD – Chancen und Risiken für das Unternehmensengagement**

Um die aktuelle Entwicklung im Bereich der unternehmerischen Verantwortung zu verstehen und daraus passende Ansätze für das Engagement von Unternehmen in München abzuleiten, ist ein genauer Blick auf die neuen gesetzlichen Vorgaben unerlässlich. Besonders zwei zentrale Regelwerke prägen dabei die Diskussion: die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) der Europäischen Union sowie die ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance).

---

<sup>19</sup> ESG ist ein übergreifendes Konzept, das Umwelt-, Sozial- und Governance (Unternehmensführungs)-Aspekte bündelt und als Grundlage für verschiedene EU-Initiativen wie die CSRD dient.

## **Was bedeuten CSRD und ESG für Münchner Unternehmen?**

Die CSRD ist eine EU-Richtlinie, die Unternehmen dazu verpflichtet, umfassend und standardisiert über ihre ökologischen und sozialen Auswirkungen sowie über ihre Maßnahmen im Bereich ESG zu berichten. Betroffen sind:

- Börsennotierte Unternehmen,
- große Kapitalgesellschaften,
- bestimmte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie
- Nicht-EU-Unternehmen mit bedeutender Präsenz in der EU.

Die Berichtspflicht wird schrittweise zwischen 2025 und 2029 eingeführt. Während große Unternehmen künftig detailliert über ESG-Aspekte berichten müssen, steht kleineren und mittleren Unternehmen mit dem freiwilligen Standard für Nachhaltigkeitsberichterstattung der EU-Kommission (VSME) ein vereinfachter Rahmen zur Verfügung. Dieser Standard fragt gezielt nach Praktiken und Initiativen von KMU, die den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft fördern.

### **3.3.3. Chancen und Risiken für das Unternehmensengagement**

Die neuen Regelungen bringen sowohl Herausforderungen als auch Möglichkeiten mit sich:

#### **Risiken:**

- Corporate Volunteering wird in der Regulatorik kaum berücksichtigt. Das erschwert die Nachweisbarkeit und Berichtsfähigkeit solcher Engagements und könnte dazu führen, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung verlieren.
- Kapazitätsengpässe: Die Pflichtaufgaben der CSRD binden Ressourcen in den Unternehmen, sodass freiwillige Engagements wie Corporate Volunteering zunächst in den Hintergrund rücken könnten.
- Kritik aus der Wirtschaft: Viele Unternehmen, die bereits in Nachhaltigkeitsmaßnahmen investiert haben, sehen die aktuelle EU-Gesetzgebung skeptisch, da sie zusätzliche Bürokratie mit sich bringt.

## Chancen:

- Fokus auf soziale und ethische Aspekte: Die CSRD und der VSME<sup>20</sup> lenken die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung von Mitarbeitenden sowie auf soziale und ethische Themen innerhalb der Arbeitswelt. Dies könnte eine Neupositionierung und Stärkung von Unternehmensengagement ermöglichen.
- Transparenz und Glaubwürdigkeit: Durch die standardisierte Berichterstattung können Unternehmen ihr Engagement besser sichtbar machen und damit ihre Glaubwürdigkeit in der Stadtgesellschaft erhöhen.

## Offene Fragen und Handlungsbedarf

Wie sich das Unternehmensengagement in den kommenden Jahren entwickelt, ist noch nicht absehbar. Klar ist jedoch: Die neuen Vorschriften werden einen direkten Einfluss auf die Art und Weise haben, wie Unternehmen in München gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Die städtische Verwaltung sollte sich dieser Dynamik bewusst sein und proaktiv handeln.

## Empfehlungen an den Stadtrat:

Die Fachstelle Unternehmensengagement im Sozialreferat sollte den Dialog mit Münchner Unternehmen suchen und folgende Schritte einleiten:

- **Analyse der Auswirkungen:**
  - Untersuchen, ob durch die neuen Regelungen langfristig negative Effekte auf das Unternehmensengagement zu erwarten sind.
  - Klären, welche Konsequenzen dies für das bürgerschaftliche Engagement in der Stadtgesellschaft haben könnte.
- **Gestaltung der Rahmenbedingungen:**
  - Konkrete Vorschläge erarbeiten, wie Corporate Volunteering stärker in die Berichterstattung nach CSRD und VSME einfließen kann – etwa durch die Entwicklung von Indikatoren oder Leitfäden, die freiwilliges Engagement messbar und sichtbar machen.

---

<sup>20</sup> Der Voluntary Sustainability Reporting Standard for SMEs (VSME) ist ein von der EFRAG entwickelter, freiwilliger Standard zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für nicht-kapitalmarktorientierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der EU. Er soll KMU helfen, ESG-Anfragen von Kunden, Banken oder Investoren effizient zu erfüllen und die Transparenz zu erhöhen.

**Fazit:** Die neuen regulatorischen Rahmenbedingungen bieten die Chance, das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen in München langfristig zu stärken – vorausgesetzt, die Stadt nutzt die Gestaltungsmöglichkeiten und setzt sich für praktikable Lösungen ein. Der Stadtrat sollte diese Entwicklung aktiv begleiten, um München als Vorreiterin für nachhaltiges und sozial verantwortliches Wirtschaften zu positionieren.

### **3.3.4. Unternehmen als Bürger\*innen der Stadt und Teil der Gesellschaft: Verantwortung und Möglichkeiten**

Unternehmen tragen nicht nur wirtschaftliche Verantwortung, sondern sind auch Teil der Gesellschaft und Mitgestalter des sozialen Zusammenlebens. Sie können eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Werten spielen – sei es durch die Förderung von Dialog, die Aufklärung über Falschinformationen oder die Prävention von Hassrede. In Zusammenarbeit mit Kommunen könnten Unternehmen aktiv zur Demokratieförderung beitragen und damit konkret der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken.

Denn: Unternehmen genießen weiterhin großes Vertrauen bei den Arbeitnehmenden und können dadurch einen wertvollen Beitrag zu mehr Dialog in der Gesellschaft leisten. Dies zeigt auch das neueste *Edelman Trust Barometer*<sup>21</sup>, eine jährlich durchgeführte Onlinebefragung von 32.000 Menschen aus 28 Ländern, darunter Deutschland. Demnach schenken Menschen Unternehmen mehr Glauben als Nichtregierungsorganisationen und Regierungen. Mitarbeitende und Kund\*innen erwarten gleichzeitig zunehmend Haltung und gesellschaftspolitisches Engagement von Unternehmen und dem Topmanagement.

Die von ZiviZ im Stiferverband veröffentlichte Studie Monitor Unternehmensengagement 2025 ergibt: Das Bekenntnis zu demokratischen Werten findet bei Unternehmen breite Zustimmung – konkrete eigene Aktivitäten sind jedoch deutlich seltener, weil die Unternehmen politische Positionierungen als potenziell geschäftsschädigend betrachten. Vor allem jedoch große Unternehmen zeigen sich in Bezug auf dieses Themenfeld aktiver.<sup>22</sup>

Diese Befunde zeigen, dass für eine aktivere Rolle von Unternehmen im Kontext der gesellschaftlichen Herausforderungen großes Potenzial besteht, Unternehmen aber Hilfestellungen angeboten werden sollten, um sich auf eine für sie stimmige Weise einzusetzen.

---

<sup>21</sup> Link (Abruf 9.9.2025): <https://www.manager-magazin.de/hbm/konsumenten-erwarten-dass-unternehmen-und-ceos-stellung-beziehen-a-f74c7286-d71c-4854-8ad2-778f984a133d>.

<sup>22</sup> Link (Abruf 9.9.25): <https://ziviz.info/publikationen/monitor-unternehmensengagement-2025>.

## Empfehlungen an den Stadtrat:

Die Landeshauptstadt München hat mit der Fachstelle für Demokratie bereits eine erste Ansprechstelle geschaffen. Die Fachstelle hat bereits seit 2010 die Aufgabe Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gemeinwesens zu koordinieren. Sie arbeitet dabei eng mit mehreren Kooperationspartner\*innen zusammen (z. B. Fachinformationsstelle Rechts-Extremismus, BEFORE e. V., Stadtjugendamt – Fachstelle für politische Bildung u.v.m).

Die Fachstelle für Unternehmensengagement könnte gemeinsam mit der Fachstelle für Demokratie und ihren Kooperationspartner\*innen und im Austausch mit Unternehmen

- Angebote und Formate zur Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickeln, die sich in Unternehmen leicht umsetzen lassen, z. B. ein Angebot für Mitarbeitende zum Thema Demokratie.
- eine Plattform einrichten, um Erfahrungen und Best Practices zu solchen Formaten und Angeboten zwischen Unternehmensvertreter\*innen regelmäßig auszutauschen – ganz konkret noch stärker für Angebote im Rahmen des jährlichen Programms der Internationalen Wochen gegen Rassismus, die von der Fachstelle für Demokratie organisiert werden, zu werben und diese systematisch dort einzubinden.

---

### **3.3.5. Unternehmensengagement in Zeiten knapper Kassen: Strategische Zusammenarbeit als Schlüssel**

In Zeiten begrenzter kommunaler Finanzen ist eine strategische Zusammenarbeit zwischen Städten, Träger\*innen und Unternehmen essenziell. Der private Sektor könnte hier eine neue Form der gesellschaftlichen Verantwortung einnehmen.

Unternehmen tendieren dazu, ihr Engagement stark zu fokussieren und gezielt auszurichten. Die Stadt könnte diesem Anliegen entgegenkommen und gemeinsam mit den sozialen Trägern präziser definieren, wo genau der Einsatz der Unternehmen benötigt wird.

Mögliche Ansatzpunkte sind:

- Welche Themen und Arbeitsfelder sind besonders schlecht finanziert, haben aber hohen Bedarf?
- Welche Stadtteile würden besonders von einem verstärkten Einsatz seitens der Unternehmen profitieren?

- Wie können sich Unternehmen – ggf. auch mit der Stadt oder NGOs zusammenschließen, Budgets aufteilen oder wie kann die Stadt auf Ressourcen, wie Räume zugreifen, die bei den Unternehmen vorhanden sind.

Hier könnte die Stadt eine koordinierende Rolle einnehmen. In der Vergangenheit hat sich auch die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Projekten bewährt. Ein gemeinsamer Ansatz, bei dem alle Akteur\*innen an einem „Tisch“ zusammenkommen, könnte Projekte mit dem größten gesellschaftlichen Impact identifizieren und entwickeln. Dabei darf Unternehmensengagement nicht als „bestellbare“ Leistung betrachtet werden. Stattdessen wäre ein jährlicher Round Table für den Austausch über Bedarfe und Potenziale eine sinnvolle Maßnahme sein, um Engagement effektiver zu gestalten.

### **Empfehlungen an den Stadtrat:**

Die Landeshauptstadt München sollte

- den Bedarf für Unternehmensengagement genauer definieren und einen besseren Überblick über zu fördernde Arbeitsfelder / Themen / Projekte / Angebote geben.
- einen regelmäßigen Round Table für interessierte Unternehmen einrichten, der als Ausgangspunkt dienen würde, um gemeinschaftliche Projekte zu entwickeln und Engagement gezielt zu fördern.

---

### **3.3.6. Nachhaltiges Unternehmensengagement: Wirkungsorientierung und langfristige Partnerschaften**

Gemäß der Arbeitsweise von Unternehmen spielt Wirkungsorientierung eine große Rolle: Unternehmen möchten wissen, was ihr Einsatz oder der ihrer Mitarbeitenden bringt und welche Wirkung er erzielt. Die gemeinnützige Arbeit tut sich mit entsprechenden Verfahren oft schwer und sieht eine reine Anwendung von Wirkungsmessung auf die komplexen sozialen Interaktionen, die mit ihren Arbeitsfeldern verbunden sind, aus ethischen Gründen zu Recht kritisch.

Um dennoch ein zu verwertendes Ergebnis zu bekommen, ist es wichtig, dass Wirkung nicht nur an eine konkrete Aktion gebunden ist, sondern langfristig betrachtet wird. Besonders bei Themen wie Beratung von Non Profit Organisationen sollten Unternehmen ein Interesse haben, was dies langfristig bewirkt hat. Dabei ist die Wirkung in beide Richtungen zu betrachten: auf die NGO und auf die Volunteers (im Sinne der Personalentwicklung – ein Bereich, den Unternehmen bisher noch weitgehend vernachlässigen). Beide Seiten sollten auch ein Interesse an der Auswertung haben, denn warum sollte eine NGO eine Aktion

planen, wenn diese keine Wirkung zeigt? Hier ist ein Umdenken gefragt: Es geht darum, dass Unterstützung nachhaltig wirkt – für die Organisation und für das Unternehmen.

Die Stadt könnte die Übersetzung dieser verschiedenen Welten bzw. Sprachen unterstützen, indem sie konkrete Empfehlungen und Hinweise zum wirkungsvollen Unternehmensengagement sowohl an Unternehmen als auch an soziale Träger\*innen gibt.

#### **Empfehlungen für Unternehmen sind:**

- sich in der Hilfe auf die Bedarfe der NGOs auszurichten und nicht die eigenen Vorstellungen in den Vordergrund zu rücken.
- eine wirkungsorientierte Perspektive in die Arbeit mit den NGOs einzubringen.
- kompetente Ansprechpartner\*innen hinzuzuziehen (z. B. Haus des Stiftens oder andere Träger\*innen mit Erfahrung).
- Unternehmensengagement seitens des Top-Managements nachdrücklich zu unterstützen und so kraftvolle Möglichkeiten zu schaffen und die Mitarbeitenden zu inspirieren.
- Overhead-Aufgaben der NGOs (z. B. IT, (Personal-)Marketing, Rechtsberatung) durch eigene Kompetenzen und personelle Ressourcen zu unterstützen, da im sozialen Bereich genau diese Aufgaben oftmals zu schlecht finanziert sind.

#### **Empfehlungen für NGOs könnten sein:**

- konkrete Bedarfe zu spezifizieren und selbstbewusst zu kommunizieren.
- sich mit den Social Reporting Standards zu befassen, diese auf zu fördernde Projekte gezielt anzuwenden und gegenüber Unternehmen proaktiv zu kommunizieren
- verlässliche Kontakte für Freiwillige aus Unternehmen anzubieten
- mit den Unternehmen gemeinsam überlegen, wie deren Engagement im Sinne des Unternehmens kommuniziert und gewürdigt werden kann
- in langfristige Partnerschaften mit Unternehmen zu investieren und diese Beziehungen intensiv zu pflegen.

Der Freiwilligenrat könnte bei der Zusammenstellung dieser und weiterer Empfehlungen unterstützen.

## Empfehlungen an den Stadtrat:

Die Fachstelle für Unternehmensengagement, die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement des Direktoriums und der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement werden beauftragt, Empfehlungen sowohl für Unternehmen als auch für NGOs zu entwickeln, die zu einem noch wirkungsvolleren Unternehmensengagement beitragen.

---

### **3.3.7. Preis für Münchens engagierte Unternehmen: Wertschätzung, Vielfalt und Anreize für nachhaltiges Engagement**

Der Preis für Münchens engagierte Unternehmen ist eine sehr wertvolle Initiative, die das bürgerschaftliche und soziale Engagement der Münchner Wirtschaft sichtbar macht und würdigt. Er steht für die Wertschätzung, die die LHM Unternehmen entgegenbringt, die sich über das wirtschaftliche Handeln hinaus für das Gemeinwohl einsetzen. Gleichzeitig bietet er die Chance, Vorbilder zu schaffen und andere Unternehmen zu motivieren, sich ebenfalls zu engagieren.

Der Freiwilligenrat ist allerdings der Ansicht, dass der Preis weiterentwickelt und verfeinert werden sollte, um seiner Bedeutung nachhaltig gerecht zu werden. So können bereits engagierte Unternehmen langfristig motiviert und zugleich neue Unternehmen für eine Teilnahme gewonnen werden. Obwohl es in München bereits eine beachtliche Zahl engagierter Unternehmen gibt, ist diese naturgemäß begrenzt – ebenso wie der Kreis potenzieller Bewerber. Um eine dauerhafte, positive Beteiligung zu fördern, braucht es neue Impulse, eine höhere Attraktivität der Teilnahme und Maßnahmen zur Vermeidung von Frustration.

#### **Ziele des Preises: Motivation und Vorbildfunktion**

Der Preis soll nicht nur eine Auszeichnung für herausragendes Engagement sein, sondern auch eine Einladung an alle Unternehmen, sich weiterzuentwickeln und ihr Engagement lebendig zu halten. Unternehmen, die sich beworben haben, aber (noch) nicht gewonnen haben, sollten ermutigt werden, es im nächsten Jahr erneut zu versuchen. Denn jedes Engagement – ob groß oder klein – bereichert unsere Stadtgesellschaft.

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass kein Unternehmen das Gefühl hat, sein Einsatz werde nicht gesehen oder gewürdigt. Selbst wenn ein Preis nicht vergeben werden kann, sollte jedes teilnehmende Unternehmen spüren: Ihr Engagement zählt, und München schätzt es.

## **Wie können wir dies erreichen?**

Um den Preis noch gerechter, transparenter und motivierender zu gestalten, schlagen wir folgende konkrete Verbesserungen vor:

### **(1) Ausgewogenere Kategorien für faire Chancen**

Die aktuelle Einteilung der Kategorien – insbesondere die Gruppe „Unternehmen über 500 Mitarbeitende“ – führt dazu, dass mittelständische Unternehmen oft in einem ungleichen Wettbewerb mit Großkonzernen stehen. Eine feinere Unterteilung, die die Größe, Branche und Art des Engagements besser berücksichtigt, würde fairere Bewertungschancen schaffen und die Vielfalt des Engagements in München abbilden.

### **(2) Würdigung von Krisenhilfe – ohne langfristiges Engagement zu verdrängen**

In den vergangenen Jahren haben viele Unternehmen außergewöhnliche Leistungen erbracht – sei es während der Corona-Pandemie oder zu Beginn des Angriffs auf die Ukraine. Solche kurzfristigen, aber bedeutenden Hilfsaktionen verdienen Anerkennung. Gleichzeitig dürfen sie nicht das langfristige Engagement verdrängen, das oft im Stillen und kontinuierlich stattfindet.

Der Freiwilligenrat schlägt vor, in außergewöhnlichen Jahren einen Sonderpreis für Krisenhilfe zu vergeben. Damit würden beide Formen des Engagements – das kontinuierliche und das akute – angemessen gewürdigt, ohne dass sie sich gegenseitig Konkurrenz machen.

### **(3) Klarere und praxisnähere Bewerbungsunterlagen**

Die aktuellen Bewerbungsunterlagen sind aufwendig und teilweise schwer verständlich. Das führt dazu, dass Unternehmen unsicher sind, ob sie die Fragen richtig interpretieren – und die Jury hat Schwierigkeiten, die Antworten einheitlich zu bewerten.

#### **Hier wäre mehr Klarheit wünschenswert:**

- Präzisere Formulierungen in den Fragen,
- Beispiele oder Leitfäden, die zeigen, was erwartet wird,
- Vereinfachte Strukturen, die den Aufwand für die Bewerbung reduzieren.

#### **(4) Eine Umfrage für mehr Praxisnähe**

Um den Preis noch bedarfsgerechter zu gestalten, wäre eine Umfrage unter teilnehmenden und bisher nicht teilnehmenden Unternehmen sinnvoll. Sie könnte Aufschluss geben über:

- Hemmnisse, die Unternehmen von einer Bewerbung abhalten,
- Verständnisprobleme bei Fragen,
- Wünsche und Ideen, wie der Preis noch attraktiver werden könnte.

#### **(5) Die Preisverleihung als inspirierende Plattform**

Der Abend der Preisverleihung sollte nicht nur eine Feier für die Preisträger, sondern eine wertvolle Austauschplattform für alle Teilnehmenden sein. Wir könnten die Veranstaltung zu einer Fachkonferenz mit Impulsvorträgen, Best-Practice-Beispielen und Netzwerkmöglichkeiten weiterentwickeln.

Dadurch würden auch Unternehmen, die keinen Preis erhalten haben, mit neuen Ideen und Motivation nach Hause gehen. Gleichzeitig könnten die Preisträger\*innen als Rollenmodelle noch stärker in den Fokus rücken und andere Unternehmen inspirieren.

Erste Schritte sind bereits erfolgt – und werden begrüßt

Der Freiwilligenrat begrüßt ausdrücklich, dass bereits erste Maßnahmen in Richtung dieser Verbesserungsvorschläge eingeleitet wurden. Dies zeigt, dass die Verantwortlichen offen für Weiterentwicklung sind und den Preis lebendig und zukunftsfähig gestalten möchten.

### **Empfehlungen an den Stadtrat:**

Um den Preis für Münchens engagierte Unternehmen noch attraktiver, fairer und motivierender zu gestalten, empfehlen wir:

- Die begonnene Weiterentwicklung konsequent fortzuführen und die genannten Punkte systematisch umzusetzen.
- Die Preisvergabe so zu gestalten, dass
  - langfristige Engagement-Konzepte stärker gewichtet werden,
  - die Kategorien ausgewogener aufgeteilt werden, um allen Unternehmen – unabhängig von ihrer Größe – gerechte Chancen zu bieten.
- Eine Umfrage unter teilnehmenden und bisher nicht teilnehmenden Unternehmen durchzuführen, um

- Feedback zur Initiative einzuholen,
  - konkrete Fragen und mögliche Missverständnisse zu klären,
  - die Bewerbungsunterlagen noch nutzer\*innenfreundlicher zu gestalten.
- Die Preisverleihung zu einer inspirierenden Plattform auszubauen, die
    - allen Teilnehmenden das Gefühl gibt, wertgeschätzt zu werden,
    - Netzwerk- und Lernmöglichkeiten bietet,
    - die Preisträger als Vorbilder sichtbar macht.

---

**Fazit:** Der Preis für Münchens engagierte Unternehmen ist ein wichtiges Instrument, um das gesellschaftliche Engagement der Wirtschaft sichtbar zu machen und zu fördern. Mit den vorgeschlagenen Anpassungen können wir sicherstellen, dass er noch inklusiver, motivierender und praxisnaher wird – und damit noch mehr Unternehmen dazu bewegt, sich für unsere Stadt einzusetzen.

Wir sind überzeugt: Mit diesen Schritten wird der Preis nicht nur attraktiver, sondern auch gerechter – und trägt dazu bei, dass München eine Vorreiter\*innenrolle im Bereich des unternehmerischen Engagements einnimmt.

### **3.4. Engagement braucht Räume – Die Bedeutung von physischen Räumen für das BE**

Freiwilliges Engagement bietet die Möglichkeit, sich für die Nachbarschaft, in Projekten, Organisationen, Vereinen, Verbänden oder selbstorganisierten Gruppierungen zu engagieren. So sind ca. 300.000 Münchnerinnen und Münchner in den vielfältigsten Bereichen wie Sport, Soziales, Kultur, Nachhaltigkeit / Umwelt, Inklusion, Gesundheit, Vielfalt sowie Rettungsdiensten und im Katastrophenschutz aktiv. Hierbei lebt das Engagement von der Begegnung mit Menschen, dem gemeinsamen Tun und auch der Erfahrung von Selbstwirksamkeit.

Damit Menschen sich aktiv einbringen können, braucht es jedoch nicht nur persönlichen Willen und Zeit, sondern auch geeignete Rahmenbedingungen, die Teilhabe ermöglichen und fördern.

Ein zentraler Faktor dafür sind physische Räume, die als Treffpunkte, Arbeits- oder Veranstaltungsorte dienen können. Gerade für kleinere Initiativen, ehrenamtliche Gruppen oder lose Zusammenschlüsse von Engagierten stellt sich die Frage, wo sie sich regelmäßig

treffen, Ideen entwickeln, Projekte umsetzen oder einfach miteinander ins Gespräch kommen können. Der Zugang zu solchen Räumen entscheidet maßgeblich darüber, ob Engagement dauerhaft möglich ist – oder an praktischen Hürden scheitert.

**Daher braucht es niedrigschwellig erreichbare, barrierefreie und möglichst kostenfreie oder kostengünstige Räume im öffentlichen oder gemeinnützigen Besitz.**

Solche Orte senken die Einstiegshürden für bürgerschaftliches Engagement erheblich, da sie unabhängig von Einkommen, Herkunft oder institutioneller Anbindung nutzbar sind. Sie ermöglichen Vielfalt, fördern Selbstorganisation und stärken den sozialen Zusammenhalt. Oft sind Engagierte bereits froh, überhaupt Räumlichkeiten zu finden – selbst, wenn diese nur gegen hohe Mietentgelte nutzbar sind. Die Finanzierung erfolgt dann häufig privat und ist für viele Personen, die nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, schlicht nicht möglich. Alternativen, wie Spenden oder Fördermittel – auch seitens der Stadt München –, stehen zwar grundsätzlich zur Verfügung, sind aber keineswegs niedrigschwellig zugänglich. Sie setzen sowohl Kenntnisse über die jeweiligen Förderprogramme als auch zeitliche und sprachliche Ressourcen für eine Antragstellung voraus, die insbesondere kleinere Initiativen oder neu gegründete Gruppen oft nicht aufbringen können.

Der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement hat bereits in seinem Bericht 2023 (Siebter Bericht des Fachbeirats, S. 19<sup>23</sup>) hervorgehoben, dass insbesondere engagierte Migrant\*innen in ihrer Community-basierten Arbeit auf eine bessere Ressourcenausstattung und kontinuierlich verfügbare Räumlichkeiten in der Stadt angewiesen sind. Dieser Bedarf wächst stetig – und wurde durch die Schließung des Shaere im Herbst 2024, das vielen Organisationen, Vereinen und Initiativen als temporärer Raum diente, nochmals deutlich sichtbar. In München gibt es durchaus ein großes Potential an Räumlichkeiten, die für eine Mehrfachnutzung geöffnet werden könnten. Für Gruppen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, ist ein Ort, der auch nur für wenige Stunden zur Verfügung steht, bereits sehr hilfreich. So wäre es denkbar, Meetingräume von Unternehmen, Stiftungen und der Stadtverwaltung, zu ungenutzten Zeiten für das bürgerschaftliche Engagement zu öffnen. Ebenso könnten Mehrzweckräume in sozialen Einrichtungen oder in Kulturhäusern und Sportvereinen viel mehr für wiederkehrende Raumnutzer\*innen vergeben werden.

Eine breit gedachte Raumnutzung bewirkt soziokulturell betrachtet eine Vernetzung der Stadtgesellschaft vor Ort. Ungewöhnliche Orte bieten plötzlich Raum für ein Miteinander, das so auch neue intersektorale Kooperationen ermöglichen können.

Ein seit 2012 bestehendes Best-Practice-Beispiel für eine niederschwellige Nutzungsüberlassung von Räumlichkeiten ist die Raumbörse beim Kulturzentrum GOROD.

Hier können Selbsthilfegruppen und selbstorganisierte Initiativen zu bestimmten Tages- und Uhrzeiten kostenfrei Räume für ihre eigenen Angebote und Aktivitäten nutzen. Eine strukturelle Förderung des Kulturzentrums GOROD durch das Sozialreferat ermöglicht

<sup>23</sup> [www.foebe-muenchen.de/assets/Fachbeirat\\_BE/FachbeiratBE\\_Bericht2023final10-v3.23.pdf](http://www.foebe-muenchen.de/assets/Fachbeirat_BE/FachbeiratBE_Bericht2023final10-v3.23.pdf)

dieses besondere Angebot. In nur wenigen Jahren hat sich dadurch die Raumnutzung bei GOROD verfünffacht und ist zu einem Ort der Begegnung geworden.

An diesem Beispiel wird ersichtlich, wie wirkungsvoll eine strukturelle Förderung von gemeinnützigen Raumgastgeber\*innen im Zuschusswesen sein kann. Eine Raumüberlassung bedeutet auch einen personellen Mehraufwand, wie Ansprechpartner\*innen vor Ort zu gewährleisten, Mehrkosten für die Raumreinigung und selbstbestimmt dafür Sorge zu tragen, dass spezifische Bedingungen vor Ort von den Raumnutzer\*innen eingehalten werden. Dies gilt es bei einer finanziellen Förderung zu berücksichtigen.

In München gibt es bereits seit 10 Jahren zwei etablierte Anlaufstellen, bei der Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement (FöBE) und bei dem Kulturzentrum GOROD, die beide persönliche Beratung und auch onlinebasierte Raumbörsen für unterschiedliche Zielgruppen anbieten. Die zwei Beratungsstellen kooperieren in einer Arbeitsgemeinschaft miteinander, etablieren hier Qualitätsstandards für eine Raumüberlassung und vermitteln besonders für informelle Gruppen, die im bürgerschaftlichen Engagement aktiv sind, niederschwellig Räumlichkeiten. Zudem gibt es Raumbörsen seitens der Landeshauptstadt München. Eine Umfrage bei den Anlaufstellen / Verantwortlichen der Raumbörsen hat gezeigt, dass sich Organisationen, Stiftungen und die Stadtverwaltung für den Sozialraum öffnen, wenn sie vorab eine persönliche Beratung erhalten können und praktische Hilfen, wie beispielsweise Raumnutzungsverträge, an die Hand bekommen. Eine zentrale und rein onlinebasierte Raumbörse wird sowohl von den Raumanbieter\*innen als auch von den Raumsuchenden abgelehnt. Die jahrelangen Erfahrungen in der Arbeit der zwei Anlaufstellen und der städtischen Raumbörsen zeigen hier eindeutig, dass besonders der differenzierte Zuschnitt bei den Raumbörsen sinnvoll ist, damit zielgruppen- und bedarfsorientiert Räume vermittelt werden können.

Vor diesem Hintergrund möchte der Freiwilligenrat mit diesem Berichtsteil die Bedeutung niedrigschwellig erreichbarer, barriere- sowie möglichst kostenfreier oder kostengünstiger Räume im öffentlichen oder gemeinnützigen Besitz betonen. Deren Verfügbarkeit senkt die Einstiegshürden für bürgerschaftliches Engagement erheblich. Sie sollten unabhängig von Einkommen, Herkunft oder institutioneller Anbindung zugänglich sein und ermöglichen dadurch Vielfalt, fördern Selbstorganisation und stärken den sozialen Zusammenhalt im Quartier wie auch auf gesamtstädtischer Ebene.

Im Folgenden werden die drei Anbieter mit ihren jeweiligen Raumbörsen vorgestellt und ihre besondere Bedeutung für das bürgerschaftliche Engagement aufgezeigt. Dem Fachbeirat ist bewusst, dass die aktuelle Haushaltslage der Landeshauptstadt München keine neuen Projekte oder Investitionen zulässt. Die Handlungsempfehlungen wurden in Rücksprache mit den zuständigen Berater\*innen konzipiert und sind somit ressourcenschonend und möglichst konkret formuliert. Es werden Verbesserungspotenziale aufgezeigt, die direkt bei den Engagierten und somit bei der Stadtgesellschaft ankommen.

### 3.4.1. Raumbörsen der Landeshauptstadt München

Räume für Bürgerschaftliches Engagement anzubieten, ist eine wichtige Unterstützungsaufgabe einer Kommune.

Auch in der aktuellen Engagementstrategie des Bundes 2024<sup>24</sup> wird die Notwendigkeit betont, vermehrt physische Räume zur Förderung ehrenamtlichen Engagements bereitzustellen. Besonders betont wird dabei auch die zentrale Rolle der Kommune als Raumanbieterin<sup>25</sup>.

Die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement (BE) im Direktorium bietet auf der Website [www.muenchen.de](http://www.muenchen.de)<sup>26</sup> im Bereich des Bürgerservice eine Raumbörse an, über die städtische Räume für Veranstaltungen des Bürgerschaftliches Engagements (BE) online eingesehen werden können.

Hierfür konnten in der Vergangenheit Ressourcen aus der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement verwendet werden. Mittlerweile musste aufgrund einer geänderten Stellen-situation anders priorisiert werden. Aufgrund dessen wird die Raumbörse der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement aktuell nicht weiterentwickelt.

Weitere städtische Raumbörsen gibt es für die Anmietung von Schulräumen<sup>27</sup>, für Sportanlagen und Sporthallen<sup>28</sup> sowie die Raumbörse des Kulturreferats<sup>29</sup> für kulturelle Veranstaltungen.

Die Fachstelle BE hätte nach unserer Ansicht den Auftrag – in Zusammenarbeit mit den städtischen Referaten –, die Darstellung der vorhandenen städtischen Angebote zu optimieren sowie den Ausbau und die Bekanntmachung aller Angebote zu unterstützen.

Besonders sollte hier auch darauf geachtet werden, dass bei Raumüberlassungen Vereine, Organisationen und informelle Initiativen einen Zugang erhalten und dies möglichst zu kostengünstigen Konditionen.

Eine digitale Selbstbuchung von Räumen ist bei keiner städtischen Raumbörse möglich, da Vermieter\*innen die Entscheidungshoheit behalten möchten und eine derartige Funktion potenzielle Raumanbieter\*innen eher von der Nutzung der Plattform abhalten könnte. Ein Workshop des Sozialreferats 2022 bestätigte diese Haltung.

---

<sup>24</sup> [www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/engagementstrategie-des-bundes-222072](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/engagementstrategie-des-bundes-222072)

<sup>25</sup> ebd., S. 64–65

<sup>26</sup> <https://stadt.muenchen.de/service/info/raume-fur-veranstaltungen-des-burgerschaftlichen-engagement/10161870/n0/>

<sup>27</sup> <https://stadt.muenchen.de/service/info/anmietung-von-schulraumlichkeiten/10225320/n0/>

<sup>28</sup> <https://stadt.muenchen.de/service/info/sportanlagen/10117322/n0/>

<sup>29</sup> <https://stadt.muenchen.de/service/info/raume-fur-kulturelle-veranstaltungen-raumliste/1092648/n0/>

Eine weitere wichtige Aufgabe der Fachstelle BE im Direktorium wäre auch, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Beratungsstellen und ihren Raumbörsen bei FöBE und dem Kulturzentrum GOROD zu koordinieren.<sup>30</sup>

Hierbei wäre die Fachstelle BE eine wichtige Schnittstelle, um Hürden bei der Anmietung von städtischen Räumen abzubauen und stadtweit für die Wichtigkeit von Raumangeboten für das BE zu werben. Das Direktorium erhielte wiederum wichtige Impulse aus der Arbeitsgemeinschaft, welche Zielgruppen zu welchen Zwecken Räumlichkeiten suchen. Diese Raumbedarfe aus der Zivilgesellschaft können bei Neubauten oder Neuanmietungen durch die Stadt München berücksichtigt werden. Denkbar ist zudem, kurzfristige Leerstände in Verwaltungsgebäuden nutzbar machen. Außerdem hätte die Fachstelle BE im Direktorium eine Schlüsselstelle inne, städtische Referate dafür zu sensibilisieren, bei ihrer Förderung im Zuschusswesen Raumvermietungen zu berücksichtigen.

### Empfehlungen an den Stadtrat:

- **Bereitstellung einer Ressource in der Fachstelle BE im Direktorium für das Thema Räume**
- **Erweiterung der Bereitstellung von städtischen Räumlichkeiten:** Die Stadt München sollte dem Auftrag des Bundes folgen und mehr eigene Räumlichkeiten für das bürgerschaftliche Engagement zur Verfügung stellen. Besonders bei Leerständen in Verwaltungsgebäuden oder Räumlichkeiten, die in städtischer Trägerschaft sind, könnten hierbei auch Zwischennutzungskonzepte für Gemeinnützige angedacht werden. Das Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt kann zur Stärkung benachteiligter Stadtteile genutzt werden und so auch neue Räume für das bürgerschaftliche Engagement ermöglichen.
- **Förderanreize für städtisch geförderte Organisationen schaffen,** um sie zur Bereitstellung ihrer Räumlichkeiten für das Bürgerschaftliche Engagement zu motivieren. Der Freiwilligenrat empfiehlt daher als konkrete Maßnahme, dass bei städtischen Zuschüssen auch eine kostenfreie Raumüberlassung an externe Raumnutzer\*innen als Eigenanteil im Antragswesen angerechnet werden kann. So könnten ggf. verbundene Mehraufwände für Reinigungskosten und ein erhöhter Personaleinsatz für eine Raumüberlassung angerechnet werden.

---

<sup>30</sup> Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (BE) bei der Landeshauptstadt München; Sachstandsbericht 2023, Sitzungsvorlage Nr. 20–26 / V 11753, Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 24.01.2024 (SB); <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/8112485>, siehe Sachstandsbericht 2023 des Direktoriums, S. 14ff.

### 3.4.2. Raumbörse Bürgerschaftliches Engagement bei FöBE

Die Raumbörse Bürgerschaftliches Engagement ist ein Angebot der Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement (FöBE), und bündelt auf der eigenen Website<sup>31</sup> eine Vielzahl von stadtweiten Raumangeboten zivilgesellschaftlicher Organisationen in München. Aktuell (Stand: 2025) umfasst die Börse 120 große und kleine Räume, die je nach Anbieter\*in kostenfrei, gegen geringe Entgelte oder zu marktüblichen Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Die Beratungsstelle für die Raumbörse Bürgerschaftliches Engagement ist aktuell mit einer Halbtagsstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft ausgestattet. Die Aufgaben umfassen die Akquise und Beratung von Kontakten zu potenziellen Raumgeber\*innen, die Erfassung und regelmäßige Aktualisierung der Angebote, die gezielte Vermittlung an Raumsuchende sowie die Bewerbung der Raumbörse über verschiedene Kanäle.

**Hohe Bekanntheit und Vertrauen:** FöBE ist als stadtweit etablierte Netzwerkstelle zum Thema bürgerschaftliches Engagement anerkannt und breit vernetzt.

Das ist eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Vermittlung zwischen Raumgebenden und Raumsuchenden. Über den FöBE-Newsletter erreicht das Angebot eine breite Zielgruppe. Synergien mit weiteren Angeboten von FöBE – etwa der Servicestelle für Vereine – erhöhen die Sichtbarkeit und Relevanz zusätzlich.

**Niedrigschwellige Vermittlung:** Zivilgesellschaftliche Organisationen erhalten eine einfache Möglichkeit, nicht genutzte Räumlichkeiten über die Raumbörse öffentlich zu machen und gegebenenfalls Einnahmen zu generieren. FöBE unterstützt hierbei u. a. durch Vorlagen für Raumüberlassungsverträge, informiert über Grundlagen ehrenamtlicher Tätigkeit und sensibilisiert für die Bedarfe ehrenamtlich engagierter Gruppen.

**Zugang für Engagierte:** Einzelpersonen oder informelle Initiativen erhalten über die Raumbörse einen Überblick über passende und möglichst kostengünstige Räumlichkeiten. Anfragen per E-Mail oder Telefon werden zeitnah beantwortet. Dabei schätzen viele die persönliche und unbürokratische Beratung, die auf individuelle Bedürfnisse eingeht.

**Synergieeffekte für soziale Organisationen:** Wenn soziale oder gemeinnützige Einrichtungen ihre Räume für das bürgerschaftliche Engagement öffnen, entstehen häufig wertvolle Synergien: Die Organisationen werden für neue Zielgruppen sichtbar und erreichbar, erhalten Impulse aus dem Stadtteil. Das Teilen von Räumen fördert so nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die Vernetzung und das gegenseitige Lernen zwischen professionellen Trägern und ehrenamtlichen Akteur\*innen.

---

<sup>31</sup> [www.foebe-muenchen.de/angebote/raumboerse](http://www.foebe-muenchen.de/angebote/raumboerse)

**Unterstützung bei Nutzung städtischer Räume:** Wenn Anfragen Schulräume betreffen, verweist FöBE auf die Raumbörse der Stadt München – ein Angebot, das für viele Engagier-te bisher schwer auffindbar ist. Zusätzlich wird eine eigens entwickelte Arbeitshilfe mit-geschickt, die erklärt, wie Initiativen Schulräume anfragen können und welche Unterlagen erforderlich sind.

**Akquise weiterer Räume:** Trotz gezielter Abfragen ist die Bereitschaft vieler potenzieller Raumgeber\*innen, ihre Räume zur Verfügung zu stellen, begrenzt. So wurden beispiels-weise 98 katholische Kirchen direkt kontaktiert – mit lediglich drei Rückmeldungen und zwei tatsächlichen Eintragungen in die Raumbörse. Weitere Abfragen – etwa bei Alten- und Service-Zentren oder Nachbarschaftstreffen – sind geplant, stoßen jedoch an zeitliche Ressourcenlimits bei FöBE.

**Fehlende städtische Ansprechperson:** Die vakante Stelle im Direktorium der Stadt Mün-chen für die Raumbörse erschwert die Koordination mit der kommunalen Verwaltung. Eine enge Zusammenarbeit mit städtischen Stellen ist jedoch essenziell, da viele Fragen – ins-besondere bei der Nutzung öffentlicher Räume – nur von dort beantwortet werden können.

**Mangel an kostenfreien Raumangeboten:** Besonders informelle Gruppen des bürger-schaftlichen Engagements und Migrantenselbsthilfeorganisationen suchen kostenfreie Raumangebote. Eine Vorbildfunktion kann hier der Freiwilligenladen des Vereins Münchner Freiwillige – wir helfen e. V. sein. So werden hier die eigenen Büroräumlichkeiten, Arbeits-materialien und WLAN kostenfrei für Freiwillige, informelle Initiativen und Patenprojekte zur Verfügung gestellt. Die Website des Vereins zeigt dabei – dank einer Filterfunktion – öffent-lich auch die jeweilige Verfügbarkeit des Raumes an. Das ist ein sehr niederschwelliges Angebot. Viele Raumanbieter\*innen halten jedoch oftmals ihre Räumlichkeiten zurück, da sie diese bei einer Mehrfachnutzung nicht kostendeckend anbieten können.

### Empfehlungen an den Stadtrat:

- **Bereitstellung einer Ressource in der Fachstelle BE im Direktorium für das Thema Räume** zur Stärkung der Schnittstelle zwischen Raumbörse und Stadtverwaltung.
- **Nutzung gemeinsamer Potenziale sichtbar machen:** Die Stadt München sollte gezielt über die Chancen informieren, die sich für soziale Einrichtungen aus der Bereitstellung von Räumen für bürgerschaftliches Engagement ergeben. Besonders soll hierbei auch ein Augenmerk darauf gelegt werden, barrierefreie Raumangebote sichtbarer und zugänglicher zu machen. Dies sollte in Förderberatungen, Netzwerk-treffen und Informationsmaterialien aktiv kommuniziert werden.
- **Ausweitung der Personalressourcen bei der FöBE:** Eine Erhöhung der Wochen-arbeitszeit auf 25 Stunden würde ein größeres Zeitkontingent ermöglichen, um

ganzjährig zusätzlich 30 individuelle Beratungen anbieten zu können. Eine Neuaquise von Raumanbieter\*innen würde um ca. 10 % steigen.

---

### 3.4.3. Raumbörse beim Kulturzentrum GOROD

2012 wurde das Projekt städtische Raumbörse beim Kulturzentrum GOROD mithilfe des Sozialreferats ins Leben gerufen. Demnach wurden freie Raumkapazitäten des Kulturzentrums GOROD für eine Regelnutzung und Einzeltermine zur Vermittlung an Selbsthilfeinitiativen und selbstorganisierten Initiativen aus dem sozialen Bereich zur Verfügung gestellt. Dem Selbsthilfezentrum München (SHZ) wurden seit Beginn die Koordinierung und Vermittlungsarbeit für die durch das Sozialreferat förderfähigen Gruppen übertragen. Das Kulturzentrum GOROD ist täglicher Ansprechpartner vor Ort.

Mit 20 Nutzer\*innengruppen wurde in der Hansastraße begonnen. Mit dem Umzug im Jahr 2019 in die Arnulfstraße 197 konnte das Kulturzentrum GOROD den Zielvorgaben des Sozialreferates entsprechen und dort 80–90 Gruppen unterbringen. Ein besonderer Synergieeffekt ergab sich 2020 auch dadurch, dass das Netzwerk MORGEN e. V. Teil des örtlichen Projektverbundes wurde.

Aktuell stehen im Rahmen der städtisch geförderten Raumbörse insgesamt rund 1000 Quadratmeter im 1. und 3. Stock des Gebäudes in der Arnulfstraße 197 zur Verfügung. Das aktuelle Angebot wird von knapp 100 Selbsthilfeangeboten genutzt und stößt damit nun auch an personelle und räumliche Grenzen.

**Starke Netzwerkpartner:** Das Selbsthilfezentrum, Kulturzentrum GOROD und MORGEN e. V. sind als Fach- und Netzwerkstellen in München etabliert und anerkannt. Hierdurch entstehen ideale Synergien durch unterschiedliche Schwerpunkte und Zielgruppen.

**Verlässliche Ansprechbarkeit und Sicherheit vor Ort:** Durch die Präsenz von Mitarbeitenden des Kulturzentrums GOROD – auch am Wochenende – wird eine kontinuierliche Ansprechbarkeit und Aufsicht für Raumnutzer\*innen vor Ort gewährleistet.

**Professionelle Begleitung und Dokumentation:** Die Koordinierungsstelle beim SHZ ermöglicht die Einordnung von Gruppen / Initiativen nach Förderrichtlinien (z. B. weltanschauliche Offenheit). Sie erfasst neue Gruppen in der eigenen SHZ-Datenbank und ermöglicht eine Dokumentation für das Sozialreferat. Interessent\*innen für eine Raumnutzung in der Arnulfstraße werden ausführlich beraten z. B. bzgl. Aufsichtspflichten und an verantwortliche Personen vor Ort vermittelt. Außerdem werden Raumbesichtigungen organisiert.

**Förderung von kleinen und / oder migrantischen Initiativen ohne Vereinsstatus:** Der besondere Mehrwert für diese Organisationen ist es, einen niedrigschwelligen und

kostenfreien Zugang zu Räumlichkeiten zu erhalten, die ein ehrenamtliches Engagement oftmals erst ermöglichen. So bieten die Räumlichkeiten in der Arnulfstraße auch Zugang zu einer persönlichen Beratung, Vermittlung von praxisnahem Wissen und Vernetzungsmöglichkeiten zu anderen Organisationen.

**Kulturelle Sichtbarkeit und Teilhabe:** Durch die Nutzung der Veranstaltungsräume im Kulturzentrum GOROD (z. B. Theatersaal) können Migrantenselbsthilfeorganisationen eigene Feste und Kulturveranstaltungen durchführen. Hierdurch wird der kulturelle Beitrag migrantischer Organisationen für die Stadtgesellschaft sichtbar und zugänglich.

**Steigender personeller Aufwand:** Durch die stetige Erweiterung ist der administrative Aufwand für die Aufnahme, Begleitung und Betreuung der Nutzer\*innengruppen deutlich gestiegen. Besonders vor Ort in der Arnulfstraße stoßen die vorhandenen personellen Ressourcen zunehmend an ihre Grenzen.

**Hohe Auslastung der Räume:** Die vorhandenen Räumlichkeiten sind mit rund 100 aktiven Nutzer\*innen-Gruppen vollständig ausgelastet. Weitere Anfragen können nur eingeschränkt oder gar nicht mehr berücksichtigt werden.

**Kaum Alternativen für migrantische Initiativen:** Besonders kleinere migrantische Organisationen finden kaum andere geeignete Räume in München. Deren spezifische Bedarfe werden selten berücksichtigt:

- Räume für Kinder im Vor- und Grundschulalter.
- Generationenübergreifende Treffmöglichkeiten.
- Flächen für kreative, kulturelle und bewegungsorientierte Aktivitäten (Tanz, Theater, Musik, Malen, Basteln, Nähen).
- Werkstattähnliche Nutzungsmöglichkeiten.

### Empfehlungen an den Stadtrat:

- **Stärkung der personellen Ressourcen:** Eine Stundenaufstockung der personellen Kapazitäten zur Betreuung, Begleitung und Koordination der Nutzer\*innengruppen – insbesondere auch am Wochenende vor Ort in der Arnulfstraße – ermöglicht eine langfristige Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten. Auch die Koordinationsstelle im SHZ muss zur Sicherstellung einer dauerhaften Ansprechbarkeit und Unterstützung bei organisatorischen Fragen weiterhin gestärkt werden,.
- **Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten:** In der Arnulfstraße könnten weitere freie Räumlichkeiten für die Raumbörse im Kulturzentrum GOROD umgewidmet werden. Dies würde eine sofortige Entlastung der aktuell angespannten Raumüberlassung führen.

- **Anreize für städtisch geförderte Organisationen schaffen**, um sie zur Bereitstellung ihrer Räume für bürgerschaftliches Engagement zu motivieren. Hierbei sollten die besonderen Bedarfe von Migrantenselbsthilfeorganisationen unbedingt Berücksichtigung finden.
- 

### **Fazit:**

Bürgerschaftliches Engagement lebt von Begegnung, Zusammenarbeit und Teilhabe – und diese benötigen Räume. Ob für Projekte, Austausch, Veranstaltungen oder regelmäßige Treffen: Physische Räume sind eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass Engagement entstehen, wachsen und dauerhaft bestehen kann. Insbesondere für kleinere, selbstorganisierte oder migrantische Initiativen stellt der Zugang zu geeigneten, bezahlbaren und barrierefreien Räumen eine zentrale Hürde dar.

In München existieren bereits wertvolle Ansätze wie das Angebot bei FöBE, die städtisch geförderte Raumbörse beim Kulturzentrum GOROD und die städtischen Raumbörsen. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Raumvermittlung und zur individuellen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Der Freiwilligenrat hat zum Ziel, die dargestellte Arbeitsgemeinschaft der zwei Beratungsstellen und der Raumbörsen als Multiplikator\*innen für ganz München zu etablieren.

Individuelle Beratung, Kooperation und ein differenziertes Raumangebot für unterschiedliche Zielgruppen ermöglichen erst ein Miteinander im Sozialraum.



## **4. EMPFEHLUNGEN AN DEN STADTRAT AUS DEM 7. BERICHT 2022 – 2023**

### **4.1. Bürgerschaftliches Engagement im Stadtviertel – die vernetzte Infrastruktur der Zukunft vor Ort**

Mit dem 5. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement wurde dem Stadtrat 2019 empfohlen, eine vernetzte Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement in den Stadtvierteln aufzubauen. Ziel dieser Handlungsempfehlung war es, lokale Initiativen, Vereine und engagierte Bürger\*innen besser zu vernetzen, niedrighschwellige Zugänge zum Engagement zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil zu stärken (Kapitel 3 des 5. Bericht des Freiwilligenrates).

In ihrer Stellungnahme zum 5. Fachbeiratsbericht bekräftigte die Stadtverwaltung die strategische Bedeutung einer dezentralen Engagement-Infrastruktur für eine solidarische und engagierte Stadtgesellschaft und unterstützte die Entwicklung eines entsprechenden Konzepts gemeinsam mit dem Freiwilligenrat.

Der Stadtrat beauftragte daraufhin die Verwaltung mit der Ausarbeitung dieses Konzepts.

Auf dieser Grundlage beschloss der Stadtrat im Jahr 2022 das Konzept zur vernetzten Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements im Stadtviertel, einschließlich einer pilothaften Umsetzung in drei Stadtteilen. Dieser Beschluss bildete die Grundlage für das Pilotprojekt N.E.St – Netzwerk Engagement im Stadtteil und setzte einen klaren politischen Auftrag zur Stärkung lokaler Zivilgesellschaft.

Seit dem Start des Pilotprojekts 2023 hat sich N.E.St als wirksame lokale Anlauf- und Vernetzungsstruktur für Vereine, Initiativen und freiwillig Engagierte an den Pilotstandorten Hadern, Pasing-Obermenzing und Feldmoching-Hasenberg etabliert.

Das Projekt zeigt, dass eine funktionierende Netzwerkstruktur im Stadtteil ein Impulsgeber und Katalysator für Beteiligung, Kooperation und gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. N.E.St aktiviert vorhandene Potenziale, macht Engagement sichtbar und entwickelt es gezielt weiter – zum Nutzen aller im Stadtteil.

Menschen engagieren sich dort, wo persönliche Begegnung, Austausch und ein offener Raum für Ideen möglich sind. Durch echte Begegnungen entstehen Vertrauen, neue Verbindungen und eine nachhaltige Gemeinschaft im Stadtteil. Gerade diese übergreifende,

moderierende und strategische Arbeit stärkt das bürgerschaftliche Engagement vor Ort – und ginge ohne Verstetigung unmittelbar verloren.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen eine hohe Akzeptanz in den Stadtteilen, eine verbesserte Sichtbarkeit des Engagements und seiner Möglichkeiten sowie neue Beteiligungsformate, die insbesondere auch neu Zugezogene, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen ohne Engagement Erfahrung, jüngere Zielgruppen sowie sozial oder gesundheitlich belastete Personen erreichen. N.E.St eröffnet damit niedrigschwellige Zugänge zum Engagement, leistet einen messbaren Beitrag zu Teilhabe, Integration sowie zu einer demokratischen Stadteilkultur und stärkt bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema über Kultur, Soziales, Umwelt, Bildung und Demokratie hinweg.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Freiwilligenrat ausdrücklich dafür aus, das Pilotprojekt N.E.St und die aufgebauten Strukturen über das Ende der Pilotphase hinaus – derzeit vorgesehen bis Ende 2026 – fortzuführen und perspektivisch auf weitere Stadtviertel auszuweiten.

Damit kann der Stadtrat ein deutliches Signal für die nachhaltige Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, für lebendige Stadteilgemeinschaften und für eine kooperative Stadtgesellschaft setzen.

Gerade in einer Phase der Haushaltskonsolidierung ist die Frage nicht, ob sich die Stadt N.E.St leisten kann, sondern ob sie es sich leisten kann, diese Strukturen wieder zu verlieren.

## **4.2. Folgen der Ganztagsbildung (KoGa) für die ehrenamtliche Tätigkeit und deren Wirkfelder**

Die Stadtverwaltung hat mit der Beschlussvorlage Nr. 20–26 / V 17596 auch auf die Empfehlung des Freiwilligenrats reagiert. Die Verwaltung bezieht sich dabei, entsprechend des Stadtratsantrages, auf die Folgen für bzw. Belange des Sportes und der Offenen Kinder und Jugendarbeit im Kontext des Rechtsanspruches auf den Ganzttag. In seiner letzten Stellungnahme an den Stadtrat hat der Fachbeirat jedoch empfohlen, auch die Beteiligungsrechte der Kinder und Eltern sowie das ehrenamtliche Engagement der Eltern z. B. in der Bereitstellung von Betreuungsangeboten im schulischen Raum in den Blick zu nehmen. Dies erfolgt in der Beschlussvorlage nicht ausreichend. Ebenfalls werden die Auswirkungen des Rechtsanspruches Ganzttag im Grundschulalter auf das – über den Sport hinausgehende – vielfältige und plurale bürgerschaftliche Engagement (z. B. Jugendverbände, Kultur- und Brauchtumpflege, Familienangebote usw.) nicht in den Blick genommen.

## Empfehlungen an den Stadtrat:

Der Fachbeirat fordert daher das Referat für Bildung und Sport (RBS) auf, bei der sozial-räumlichen Öffnung der Ganztagesangebote seinen Focus zu erweitern und die Folgen für das gesamte bürgerschaftliche Engagement zu würdigen.

- Positiv hervorheben möchte der Fachbeirat, dass die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen es bürgerschaftlichen (Selbst-)Organisationen leichter machen, rechtsanspruchserfüllend zu sein. Das hat positive Auswirkungen, vor allem für den Bereich der Elterninitiativen und die Angebote der Jugendhilfe in München. Der Freiwilligenrat geht davon aus, dass dadurch diese vielfältigen Angebote erhalten bleiben können.

---

### **4.3. Migration und Engagement – Sichtbarkeit des vielfältigen Engagements von Migrantenselbsthilfeorganisationen (MSO) muss erhöht werden**

#### **4.3.1. Pilotprojekt Jobcenter München und Migrantenselbsthilfeorganisationen (MSO)**

Im Jahr 2025 konnten das Netzwerk MORGEN e. V., das Selbsthilfezentrum München und FÖBE – Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement ein Pilotprojekt zwischen dem Jobcenter München und MSO-Gruppierungen erfolgreich umsetzen.

Im Januar und April 2025 gaben Vertreter\*innen von MSO-Gruppierungen in zwei Workshops ihr Erfahrungswissen und ihre Expertise an Mitarbeitende des Jobcenter München weiter.

Dabei konnten gemeinsam mit allen Teilnehmenden konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, welche Prozesse im Jobcenter München zukünftig für die Antragsteller\*innen vereinfacht werden könnten. Vorhandene wirkungsvolle Angebote des Jobcenter München wurden zudem bei den MSO bekannter gemacht. Dieses Pilotprojekt ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie durch die vertrauensvolle Offenheit aller Beteiligten Erfahrungswissen und Informationen zu vorhandenen Angeboten ausgetauscht werden können.

## Empfehlungen an den Stadtrat:

Der Freiwilligenrat empfiehlt weitere so erfolgreiche Workshops in Kooperation mit Vertreter\*innen aus MSO auch in der Stadtverwaltung umzusetzen. Für die Beratungsleistungen der MSO müssten jedoch vonseiten der öffentlichen Träger Vergütungen erfolgen.

---

### 4.3.2. Mehr Raumressourcen für MSO

Geeignete Räumlichkeiten für Vereine – sei es für Mitgliederversammlungen, Veranstaltungen oder für Gruppentreffen – zu finden, stellt in München eine erhebliche Herausforderung dar. Der Bedarf an entsprechenden Räumen wächst kontinuierlich. Zahlreiche Migrationsvereine sowie neu gegründete und unerfahrene Initiativen haben bei der Raumsuche besondere Schwierigkeiten.

Gründe hierfür sind oftmals Sprachbarrieren, ein eingeschränkter Zugang zu Informationen über Raumangebote oder auch fehlende Raumnutzungsangebote für das Wochenende oder abends.

Die Raumbörse beim Kulturzentrum GOROD, wie sie im Kapitel „Engagement braucht Räume“ in diesem Bericht dargestellt wird, ist dabei ein gutes Beispiel dafür, wie niederschwellig ein Raumangebot für MSO nutzbar gemacht werden kann. Es braucht jedoch mehr solcher niederschweligen Angebote, die auch stadtweit nutzbar sind.

## Empfehlungen an den Stadtrat:

Der Freiwilligenrat empfiehlt daher, die Anzahl der seitens der Stadt für Vereine bereitgestellten Räume deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten der Zwischenutzung stärker berücksichtigt und Räumlichkeiten von (Sozial-)Unternehmen verstärkt in die Vergabe einbezogen werden.

---

### 4.3.3. Migrationshearing – Infobörse

Nach der Feststellung, dass ein Stadtratshearing zu unserem Vorhaben nicht umsetzbar ist, haben wir die bereits bestehenden Angebote genauer unter die Lupe genommen. In Absprache mit dem Migrationsbeirat, mit MORGEN e. V. und mit dem Selbsthilfezentrum haben wir folgenden Vorschlag formuliert:

Das Format „Infobörse“ von MORGEN e. V. soll größer und zentraler geplant werden, um die Zielgruppe der Veranstaltung zu erweitern und mehr Sichtbarkeit für migrantisches Engagement zu schaffen.

Die Infobörse soll 2026 nicht dezentral in Neuhausen, sondern im Alten Rathaus organisiert werden. Dadurch können sich mehrere Vereine und sonstige Organisationen für einen Infotisch melden. Zudem könnten vor oder nach der Infobörse Vorträge und kleine Workshops eingeplant werden, sodass sich nicht nur die Stadträt\*innen, sondern auch die Referate und weitere städtische Organisationen informieren und vorstellen können.

- Ziel ist es, dass die Stadtgesellschaft, städtische Organisationen und politische Vertreter\*innen migrantisches Engagement stärker wahrnehmen und zugleich migrantische Organisationen besser über bestehende Angebote der Stadt informiert sind. Durch das Kennenlernen der zuständigen Ansprechpersonen für Anträge und Projekte sollen Austausch und Zusammenarbeit gefördert und Synergieeffekte geschaffen werden. Die Veranstaltung soll durch politische Vertretungen begleitet und in ihrer Sichtbarkeit unterstützt werden.



## **5. STADTRATSBESCHLÜSSE UND EMPFEHLUNGEN AUS ÄLTEREN BERICHTEN – AKTUELLER STAND**

### **5.1. Spontanengagement mit der Branddirektion / KVR – Freiwilligen Feuerwehr Handlungskonzept Spontanhilfe und Katastrophenschutz – kurze Wege in München**

In München wächst die Bedeutung selbstorganisierter Gruppen von Spontanhelfenden stetig, besonders im Zusammenhang mit der Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine und anderen Krisengebieten. Dieses Engagement wäre ohne die enge Vernetzung zwischen freiwilligen Initiativen, Freiwilligenagenturen und Organisationen wie „Münchner Freiwillige – Wir helfen e. V.“ nicht möglich. Um diese Gruppen auch in die behördliche Gefahrenabwehr einzubinden, wurde mit Beschluss des Stadtrates im Dezember 2022 in der Branddirektion (Hauptabteilung IV des Kreisverwaltungsreferats) eine Ansprechstelle für Spontanhilfe geschaffen. Im März 2023 wurde die zentrale Ansprechstelle bei der Branddirektion in der Unterabteilung „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ besetzt. Zusammen mit der FöBE – Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement, den Münchner Freiwilligen – wir helfen e. V. und der Freiwilligen Feuerwehr München wurde eine Gesamtstrategie entwickelt. Ziel ist es, die Kooperation zwischen Spontanhelfenden und Einsatzorganisationen zu intensivieren, etwa über einen Koordinierungskreis Spontanhilfe, der Ressourcen bündelt und Einsätze gezielt steuert.

Um dies umzusetzen wurde die Gründung einer Kernprojektgruppe gewählt. Ein Runder Tisch mit Vertreterinnen der Freiwilligenagenturen, des Vereins „Münchner Freiwillige – Wir helfen e. V.“, der FöBE, der Feuerwehr und der Stadtverwaltung dient als Austauschplattform. Dieser Kreis ist offen und wächst stetig, um weitere Akteur\*innen des freiwilligen Engagements einzubinden.

Weitere geplante Maßnahmen umfassen die Entwicklung gemeinsamer Konzepte und Kommunikationsstrukturen sowie den Aufbau von Plattformen für Informationen für die Zusammenarbeit im Katastrophenfall.

Der Freiwilligenrat ist stolz, bereits 2022 den erstmaligen Anstoß gegeben zu haben, damit diese einzigartige Kooperation und Arbeit der Hauptabteilung IV des Kreisverwaltungsreferats zum Thema Spontanhilfe und Katastrophenschutz ermöglicht wurde.

*Wir bedanken uns bei den Entscheidungsträger\*innen des Münchner Stadtrates, die am 01. Juli 2025 mit der Sitzungsvorlage Nr. 20–26/V 16800 durch einen Beschluss diese Arbeit auch zukünftig ermöglichen.*

## **5.2. Förderung gemeinnütziger Organisationen von Vereinen und Initiativen**

Der AK Vereinförderung hat zum Ziel, Vereine und Initiativen als die verfasste Form gesellschaftlichen Engagements gemeinsam zu stärken und zukunftsfähig zu machen.

Der AK wird von der Fachstelle Bürgerschaftlichen Engagement des Direktoriums koordiniert und besteht aus Vertreter\*innen aus dem Selbsthilfezentrum München, der FöBE- Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement, dem Kreisjugendring, von IBPro e. V., MORGEN e. V., der städtischen Gleichstellungsstelle und dem Kulturreferat.

Diese besondere Zusammenarbeit zwischen städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen ermöglicht es, koordinierte Angebote nach den Bedarfen der Vereine unterschiedlichster Größe, verschiedenster Themen und Ressourcen anzubieten. So konnten in den Jahren 2024 und 2025 individuelle kostenfreie Beratungsangebote für Vereine geschaffen werden. Und auch Coaching-Angebote in der Gruppe eröffneten ganz neue Perspektiven und Lösungswege für Vereine.

Der jährlich stattfindende Münchner Vereinetag, unter der Federführung von FöBE und IBPro e. V., ermöglicht in besonderem Maße den Austausch, eine Vernetzung und Wissenstransfer für Vereine.

Passgenaue Fortbildungsangebote werden von allen Mitgliedern des AK Vereinförderung gesammelt und veröffentlicht. Aktuell anstehende Themen sind neben der weiteren Einbindung der Sportvereine, die strategische Förderung von Frauen für Verantwortungspositionen und die verstärkte Beteiligung von Personen mit Migrationsbiografie.

In besonderem Maße wird die Schaffung der Möglichkeit kostenloser Beratung zu rechtlichen Themen gerade für kleinere Vereine als Notwendigkeit gesehen. Die Arbeit in Vereinen wird zunehmend komplexer und ist besonders von Vereinen, die rein ehrenamtlich getragen werden, kaum zu leisten. Es wurde 2025 ein Pilotprojekt entwickelt, in welchem kleine Vereine Beratungsgutscheine über den AK Vereinförderung beziehen könnten, damit sie sich von Fachanwält\*innen zu ihren individuellen Fragen und Belangen kostenfrei beraten lassen können. Eine Umsetzung dieses Pilotprojekts scheiterte jedoch leider an der aktuellen Haushaltslage im Sozialreferat der Landeshauptstadt München in Bezug auf eine Finanzierung dieses Angebots.

Um die Angebote für Vereine und Initiativen auch weiterhin an deren Bedarf zu orientieren, ist neben dem Austausch im AK die Aufnahme gezielter Fragen in die Bevölkerungsbefragung der Landeshauptstadt München im Gespräch. Mittel aus dem städtischen Haushalt für eine eigene Vereinebefragung sind derzeit nicht vorhanden.

#### **Empfehlung an den Stadtrat:**

Der Stadtrat wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, ob im Sozialreferat Fördermittel an den AK Vereineförderung bereit gestellt werden können zur Umsetzung des Pilotprojektes „kostenlose Rechtsberatung für Vereine“.

---

### **5.3. Förderung und Finanzierung von Initiativen und kleineren Vereinen**

Kleinere Vereine sind oft in besonderem Maße darauf angewiesen, Informationen zu Fördermöglichkeiten durch die Landeshauptstadt München zu bekommen. Die Logik der einzelnen Referate, die Voraussetzungen für Antragstellungen und die vielen verschiedenen Möglichkeiten der regionalen oder themenbezogenen Förderung müssen transparent und verständlich sein, um sie auch abrufen zu können.

Seit 2024 findet deshalb monatlich durch die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium eine stark besuchte digitale Informationsveranstaltung zu finanziellen Fördermöglichkeiten für Vereine oder ehrenamtliche Initiativen statt. Hierbei wird umfassend über das Antragswesen für das Stadtbezirksbudget und weitere Fördermöglichkeiten einzelner städtischer Referate informiert. Die seit Januar 2026 neue Microsite: [www.engagiert.muenchen.de](http://www.engagiert.muenchen.de) bietet zudem eine sehr gute Übersicht und viele Informationen zu den Fördermöglichkeiten der Landeshauptstadt München.

### **5.4. Monetarisierung im Bürgerschaftlichen Engagement – Erarbeitung von Leitlinien**

Ehrenamtliches Engagement kann sich von einer primär unentgeltlichen Tätigkeit zu einer (Neben-)Erwerbstätigkeit verschieben. Dies geschieht besonders bei Personengruppen, bei denen eine Einkommenssicherung im Vordergrund steht. Dabei werden Menschen unter dem Titel einer ehrenamtlichen Tätigkeit in Organisationen eingebunden, obwohl ihr Arbeitseinsatz und ihre Entlohnung einer Erwerbstätigkeit ähneln.

Dies widerspricht dem Gedanken eines Ehrenamtes, dass sich aus ideellen Gründen für andere einsetzt und aus einem „Eigensinn“ heraus Neues gestalten und umsetzen möchte. Dies bekräftigt auch die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2002, die ein Ehrenamt als freiwillige, gemeinwohlorientierte und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete Tätigkeit definierte.

Gemeinnützige Organisationen bieten Freiwilligen oftmals einen Auslagen- und Fahrtkostenersatz, damit sie diese Kosten für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Auch Ehrenamtszuschüsse und Übungsleiter\*innenzuschüsse sind eine Form der Anerkennung für das geleistete Engagement.

Der Freiwilligenrat hatte bereits in seinem letzten Bericht aus dem Jahr 2023 darauf hingewiesen, dass die Stadtverwaltung München einen fachlichen Austausch organisieren sollte, der dieses Spannungsfeld zwischen unentgeltlichem Engagement und zunehmender Monetarisierung im Bürgerschaftlichen Engagement diskutiert und Leitlinien dazu entwickelt.

Umso erfreulicher ist es, dass seit 2025 die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium den Diskurs aufgenommen hat. Expertinnen und Experten aus der Engagementpraxis, Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht sowie Verbänden und Verwaltung erarbeiten „Handlungsempfehlungen für zuwendungsgebende Stellen“. Als Ergebnis sollen die Begriffe „bürgerschaftliches Engagement“, „gemeinwohlorientierte Nebentätigkeit“ und „hauptamtliche Arbeit“ präzise abgegrenzt werden.

Zugleich sollen alle Formen bürgerschaftlichen Engagements – einschließlich monetär bedachten Engagements – als gleichwertig anerkannt werden, ohne Defizite hauptamtlicher Arbeit zu kompensieren oder diese zu ersetzen.

## **5.5. Schüler\*innenengagement fördern und sichtbar machen**

Die Schule ist ein Lernort, der auch die Möglichkeit bietet, frühzeitig mit den vielfältigen Möglichkeiten für ein ehrenamtliches Engagement in Kontakt zu kommen.

Kinder und Jugendliche sind aktiv in selbstgeleiteten Arbeits- und Lerngruppen, als Klassen- und Schülersprecher\*innen, Tutor\*innen, Mediator\*innen, im Schulsanitätsdienst (SSD) und in der Interessensvertretung der SMV. Das ehrenamtliche Engagement befähigt sie zu einem demokratischen Lernen, stärkt ihre Resilienz und schafft neue Verbindungen zwischen der Schüler\*innenschaft, den Lehrkräften und anderen Akteur\*innen.

Das Modell Lernen durch Engagement (LdE) bietet die Möglichkeit, Lehrinhalte mit einem außerschulischen ehrenamtlichen Engagement von Schulklassen zu verbinden. Fachliches

Lernen wird mit gesellschaftlichem Engagement verknüpft, indem Schülerinnen und Schüler sich im Unterricht mit gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Themen auseinandersetzen, eigenständig Lösungsansätze entwickeln und diese in Kooperation mit Partnerinnen und Partnern aus ihrem Umfeld umsetzen. Diese Methode ermöglicht eine Veränderung in der Lernkultur und wie Unterricht mit praxisnahen Erfahrungen verbunden werden kann. Das Referat für Bildung und Sport fördert Lernen durch Engagement mit der Umsetzungspartnerin Stiftung Gute-Tat.

Diese verschiedenen Formen des Schüler\*innenengagements benötigen eine gute Begleitung vor Ort und die Möglichkeit der Mitbestimmung. Hierbei gilt es, bestehende Strukturen in der Schule aufrechtzuerhalten, für Lehrkräfte Zeitbudgets dafür zu schaffen und auch externen Kooperationspartner\*innen den Weg in die Schule zu erleichtern.

Auch die Würdigung des Schüler\*innenengagements in der Öffentlichkeit ist eine wichtige Form der Anerkennung und ein Anreiz mitzumachen. So zeichnet die Landeshauptstadt München engagierte Schüler\*innen mit der Urkunde „München dankt!“<sup>32</sup> aus und lädt jährlich zu einem Empfang in das Rathaus. Diese öffentliche Anerkennung ist einzigartig und auch die Urkunde würdigt in besonderer Weise die durch das Ehrenamt erworbenen Sozial- und Methodenkompetenzen der Kinder und Jugendlichen.

#### **Empfehlung an den Stadtrat:**

Der Freiwilligenrat ist der Meinung, diese besondere Anerkennungsform der Landeshauptstadt München weiterhin zu erhalten und auszubauen, damit noch mehr Schülerinnen und Schüler ihren Weg in ein Ehrenamt finden. Dazu bedarf es jedoch einer Aufstockung der Ressourcen in den Fachstellen im Referat für Bildung und Sport sowie in der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium.

---

## **5.6. Schule@Ehrenamt**

Das Referat für Bildung und Sport (RBS) fördert eine Anlaufstelle Schule@Ehrenamt bei der FÖBE, die als Beratungs- und Kompetenzzentrale Schulen mit Akteur\*innen bürgerschaftlichen Engagements miteinander vernetzt. Schulen erhalten Zugang zu selbstorganisierten Bildungsinitiativen und auch Stiftungen, die mit Hilfe von Freiwilligen Schülerinnen und Schüler individuell in der Lernhilfe, beim Lesen, beim Deutsch lernen, in der Berufsorientierung und in der Freizeitbegleitung unterstützen.

.....  
<sup>32</sup> <https://stadt.muenchen.de/service/info/padagogisches-institut/10309184>

Diese Freiwilligen sind eine wichtige Bezugsperson im Lebens- und Schulalltag von Kindern und Jugendlichen. Die 1:1-Begleitung durch die Freiwilligen stärkt die Selbstwirksamkeit und auch die sozialen Kompetenzen bei den Schüler\*innen. Zudem bieten Freiwillige oft eigene Netzwerke, die Zugänge in das Stadtquartier und bei der Berufsorientierung ermöglichen. Freiwillige bilden hier ein zusätzliches Unterstützungsangebot ersetzen jedoch keine pädagogischen Fachkräfte. Die Anlaufstelle Schule@Ehrenamt arbeitet ganzheitlich, bietet persönliche Beratung für Schulen, Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Vernetzungsveranstaltungen mit Bildungsinitiativen, Stiftungen und weiteren Bildungsakteur\*innen. Das breite Netzwerk von Kooperationspartnern ermöglicht dabei, neue Angebote für Schulen zu schaffen. Aber auch die Bildungsinitiativen erhalten von der Anlaufstelle Schule@Ehrenamt passgenaue Fortbildungen und Austauschtreffen, die sie in ihrer Arbeit in der Freiwilligenkoordination stärken.

Die Anlaufstelle Schule@Ehrenamt ist ein einzigartiges Beispiel dafür, wie es gelingen kann, Schulen zu befähigen, mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in Kooperation zu treten. Hier liegt auch eine Chance für Bildungsinitiativen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, als mögliche Partner\*innen für den Kooperativen Ganztags in den Blick zu nehmen.

## 5.7. Förderung des gemeinsamen Elternbeirates

Im sechsten Bericht des Freiwilligenrates von 2019 wird u. a. auf die dringliche Förderung des gemeinsamen Elternbeirates hingewiesen u. a. zur:

- Unterstützung der Elterngremien bei der Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Vernetzung der verschiedenen Elternbeiräte der Krippen, der Kindertagesstätten sowie der Tagesheime oder auch mit den Gymnasien,
- Bewältigung der Herausforderung der Integration
- Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbildung

### **Empfehlungen an den Stadtrat:**

Der Freiwilligenrat empfiehlt erneut und eindringlich, eine wichtige Kooperations- und Beteiligungsstruktur zu stärken und zusammen mit dem gemeinsamen Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen (GEB) die Finanzierung einer Geschäftsstelle für den GEB mit mindestens eines VZÄ. Die Finanzierung der Geschäftsstelle sollte durch das Referat für Bildung und Sport erfolgen.

## 6. ZUSAMMENSTELLUNG DER EMPFEHLUNGEN DES 8. BERICHTES

### zu 3.1 Herausforderung Gesellschaftspolitisches Engagement

#### (1) Empfehlung des Freiwilligenrats zum veränderten gesellschaftlichen Klima:

**Unterstützung von Bildungsinitiativen:** Die Landeshauptstadt sollte (weiterhin) Bildungseinrichtungen und Initiativen unterstützen, die interkulturelles Lernen und Verständnis fördern. (Multi-)Kulturelle Bildungsinhalte wie Sprachlernangebote und interkulturelle Veranstaltungen helfen, Barrieren abzubauen und das Verständnis für Vielfalt zu stärken.

**Unterstützung lokaler Initiativen und Organisationen:** Die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Organisationen, die sich für Diversität und Inklusion einsetzen, und die Förderung entsprechender Projekte tragen weiterhin zu einer bunten Stadtgesellschaft bei.

**Schaffung sicherer Räume:** Die Landeshauptstadt kann sichere Treffpunkte und Gemeinschaftszentren für marginalisierte Gruppen schaffen, um sozialen Austausch und Unterstützung zu fördern.

**Kampagnen gegen Diskriminierung:** Aufklärungskampagnen und Maßnahmen gegen Diskriminierung können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und das Bewusstsein für die Bedeutung von Vielfalt zu stärken.

**Inklusive Politik und Verwaltung:** Durch die Implementierung von Diversitätsstrategien innerhalb der Stadtverwaltung und das Engagement in gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen kann die Landeshauptstadt sicherstellen, dass vielfältige Perspektiven vertreten sind und eine inklusive Politik gefördert wird.

#### (2) Empfehlung zum Neutralitätsgebot des liberalen Verfassungsstaats:

**Anerkennung und Förderung gesellschaftspolitischen Engagements der Zivilgesellschaft:** Grundsätzlich ist auch gesellschaftspolitisches Engagement wesentlicher Bestandteil der Arbeit bürgerschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und muss weiterhin möglich sein und gefördert werden. Dabei muss immer die Pluralität der politischen Positionen auf dem Fundament der freiheitlich demokratischen Grundordnung gewahrt bleiben.

**Unabhängigkeit kommunaler Förderung von steuerrechtlicher Gemeinnützigkeit:** Die Förderungsfähigkeit von bürgerschaftlichem Engagement darf nicht an das steuerrechtliche Kriterium der Gemeinnützigkeit geknüpft werden.

**Unabhängigkeit kommunaler Förderung von der gewählten Rechtsform:** Die Förderungsfähigkeit darf zudem nicht an die Rechtspersönlichkeit einer Gruppe oder Initiative (z. B. eingetragener Verein) geknüpft werden.

### **(3) Empfehlung zu verfassungs- und menschenrechtsfeindlichen Aktivitäten in Initiativen und Vereinen**

**Stärkung von Demokratie und Menschenrechten:** Ziel aller Maßnahmen der Landeshauptstadt im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements muss die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sein, die sich auf dem Boden von Grundgesetz und Menschenrechten befinden; dies beinhaltet auch Maßnahmen zur Abwehr gegenläufiger Aktivitäten und Kräfte.

**Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen:** Extremismusprävention beginnt niedrigschwellig. Vereine sollten in der Landeshauptstadt eine Möglichkeit haben, sich im Falle verdächtiger Aktivitäten oder Äußerungen von Mitgliedern beraten zu lassen. Durch eine schnelle Reaktion können Vereine der Verbreitung von Extremismus entgegenwirken.

**Aufklärung, Beratung und Schulung:** Die Landeshauptstadt sollte aktiv beitragen, dass Vereine ein Umfeld gewährleisten können, das Vielfalt respektiert und der Unterwanderung durch extremistische Ideologien entgegenwirken kann. Dies kann z. B. durch die Bereitstellung von Informationen zur Gestaltung von Vereinssatzungen, von Aufnahmeverfahren für Neumitglieder, zu Möglichkeiten bei Sanktionierung oder Ausschluss von satzungswidrig agierenden Vereinsmitgliedern geschehen. Die Landeshauptstadt sollte aktiv Beratungen und Schulungen für Vereine und Initiativen anbieten und im Austausch mit diesen die Identifikation weiterer Instrumente fördern, die ein Engagement extremistisch oder verfassungsfeindlich gesinnter Personen oder gar eine regelrechte ‚Unterwanderung‘ durch solche Kräfte verhindern können.

### **(4) Empfehlung zu (Rechts-)Extremistischer Radikalisierung, Gruppenbildung und zunehmender Gewaltbereitschaft junger Menschen, insbesondere männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener**

**Bedeutung der Jugendarbeit:** Die Jugendarbeit sollte gerade angesichts des aktuellen Zulaufs zu (rechts-)extremistischen Initiativen gestärkt und die Unterstützung keinesfalls zurückgefahren werden. Auch wenn insgesamt gespart werden muss: Gerade in diesem sensiblen Bereich, der zum erklärten Rekrutierungsziel insbesondere rechtsextremistischer Gruppen geworden ist, dürfen Angebote aktuell nicht wegfallen.

Zielgruppenansprache: Die Zielgruppen sollten genauer adressiert werden; attraktive Angebote insbesondere für männliche Jugendliche und junge Erwachsene fehlen oftmals.

**Aufklärung und Sensibilisierung:** Schulungen und Workshops zur Erkennung von rechts-extremen Ideologien und Symbolen können das Bewusstsein erhöhen und eine klare Abgrenzung fördern. Zielgruppen sollten Lehrkräfte, Verantwortliche in der Jugendarbeit als Multiplikator\*innen sowie Jugendliche und junge Erwachsene selbst sein. Die Landeshauptstadt sollte selbst entsprechende Angebote machen und Initiativen zur Extremismusprävention aktiv fördern.

**Demokratie- und Menschenrechtsbildung:** Insgesamt ist ein verstärktes Bemühen um Demokratiebildung in der Fläche erforderlich: Es gilt, die politische Bildung einschließlich der Menschenrechtsbildung in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit zu stärken statt zurückzufahren!

**Stärkung bürgerschaftlichen Engagements angesichts der Herausforderungen der Gegenwart:** Die positiven Entwicklungen zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements der letzten Jahre und Jahrzehnte stehen angesichts knapper Haushaltsmittel aktuell unter Druck. Die Förderung von Engagement gehört zwar nicht zu kommunalen Pflichtaufgaben, ist aber von großer Bedeutung für eine lebendige und vielfältige lokale Zivilgesellschaft. In Gemeinschaft mit anderen können sich einzelne, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, besser zunehmenden rassistischen oder diskriminierenden Tendenzen entgegenstellen. Gerade auf kommunaler Ebene ist es daher wichtig, etablierte Strukturen nicht in Frage zu stellen, sondern zu erhalten und die vorhandenen Angebote an die sich wandelnden Bedürfnisse der Engagierten und ihrer Adressat\*innen anzupassen und weiterzuentwickeln. Bei Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene sollte gerade nicht gespart werden; sie sollten mit zeitgemäßen Formen der Ansprache mehr und besser in den Blick genommen werden!

### zu 3.2 Rolle der Zivilgesellschaft in Zeiten knapper Kassen

#### (5) Ehrenamt (Freiwillige Tätigkeit) muss man sich leisten können – Empfehlung an den Stadtrat

Der Stadtrat beschließt Richtlinien für eine Aufwandsentschädigung.

- Hierzu sind Empfehlungen durch die Referate, federführend durch das Sozialreferat, in Abstimmung mit der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium und dem Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement innerhalb eines Jahres zu erstellen und dem Stadtrat zu berichten.

Die erforderlichen Mittel sind sowohl im Zuschuss- wie auch Entgeltbereich einzuplanen.

Die freien Träger sind über die Bedingungen zu informieren.

- Die städtische Verwaltung und der Stadtrat achten gerade in den nächsten Jahren darauf, dass es zu keinen Kürzungen im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit und in den Haushaltsbereichen kommt.
- Die Referate und Beteiligungsorganisationen der Stadt sind darüber zu informieren, dass Ehrenamt keine öffentlichen Aufgaben ersetzen darf.

#### **(6) Vereinfachte Förderung von kleinen Initiativen – Empfehlung an den Stadtrat**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung (Direktorium), ihm innerhalb eines Jahrs Richtlinien (revisionsicher) für ein vereinfachtes Förderverfahren für Zuschüsse unterhalb von 5000€ vorzulegen. Grundsätzlich ist hier Festbetragsfinanzierung anzuwenden.

#### **(7) Förderung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Akteur\*innen – Empfehlung an den Stadtrat**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für einen ggf. stadtteilbezogenen Wettbewerb zur Förderung von zivilgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement mit vielen kleinen Preisen zu erstellen.

#### **(8) Ehrenamtsquote in Unternehmen – Empfehlung an den Stadtrat**

Die Landeshauptstadt München prüft, wie bei der Vergabe / Ausschreibung von Dienstleistungen in der Bewertungsmatrix die Förderung von Ehrenamt in den Beurteilungskatalog aufgenommen werden kann.

### zu 3.3 Unternehmensengagement im Wandel – Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

#### **(9) Neue regulatorische Rahmenbedingungen: ESG und CSRD – Chancen und Risiken für das Unternehmensengagement – Empfehlungen an den Stadtrat**

Die Fachstelle Unternehmensengagement im Sozialreferat sollte den Dialog mit Münchner Unternehmen suchen und folgende Schritte einleiten:

Analyse der Auswirkungen:

- Untersuchen, ob durch die neuen Regelungen langfristig negative Effekte auf das Unternehmensengagement zu erwarten sind.
- Klären, welche Konsequenzen dies für das bürgerschaftliche Engagement in der Stadtgesellschaft haben könnte.

Gestaltung der Rahmenbedingungen:

- Konkrete Vorschläge erarbeiten, wie Corporate Volunteering stärker in die Berichterstattung nach CSRD und VSME einfließen kann – etwa durch die Entwicklung von Indikatoren oder Leitfäden, die freiwilliges Engagement messbar und sichtbar machen.

#### **(10) Unternehmen als Bürger\*innen der Stadt und Teil der Gesellschaft: Verantwortung und Möglichkeiten – Empfehlungen an den Stadtrat**

Die Landeshauptstadt München hat mit der Fachstelle für Demokratie bereits eine erste Ansprechpartnerin geschaffen. Die Fachstelle hat bereits seit 2010 die Aufgabe, Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gemeinwesens zu koordinieren. Sie arbeitet dabei eng mit mehreren Kooperationspartner\*innen zusammen (z. B. Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, BEFORE e. V., Stadtjugendamt: Fachstelle für politische Bildung u.v.m).

Die Fachstelle für Unternehmensengagement könnte gemeinsam mit der Fachstelle für Demokratie und ihren Kooperationspartner\*innen und im Austausch mit Unternehmen:

- Angebote und Formate zur Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickeln, die sich in Unternehmen leicht umsetzen lassen, z. B. für Mitarbeitende zum Thema Demokratie.
- Eine Plattform einrichten, um Erfahrungen und Best Practices zu solchen Formaten und Angeboten zwischen Unternehmensvertreter\*innen regelmäßig

auszutauschen – ganz konkret noch stärker für Angebote im Rahmen des jährlichen Programms der Internationalen Wochen gegen Rassismus, die von der Fachstelle für Demokratie organisiert werden, zu werben und diese systematisch dort einzubinden.

**(11) Unternehmensengagement in Zeiten knapper Kassen: Strategische Zusammenarbeit als Schlüssel – Empfehlungen an den Stadtrat:**

Die Landeshauptstadt München sollte

- den Bedarf für Unternehmensengagement genauer definieren und einen besseren Überblick über zu fördernde Arbeitsfelder / Themen / Projekte / Angebote geben.
- einen regelmäßigen „Round Table“ für interessierte Unternehmen einrichten, der als Ausgangspunkt dienen würde, um gemeinschaftliche Projekte zu entwickeln und Engagement gezielt zu fördern.

**(12) Nachhaltiges Unternehmensengagement: Wirkungsorientierung und langfristige Partnerschaften – Empfehlungen an den Stadtrat:**

Die Fachstelle für Unternehmensengagement, die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement des Direktoriums und der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement werden beauftragt, Empfehlungen sowohl für Unternehmen als auch für NGOs zu entwickeln, die zu einem noch wirkungsvolleren Unternehmensengagement beitragen.

**(13) Preis für Münchens engagierte Unternehmen: Wertschätzung, Vielfalt und Anreize für nachhaltiges Engagement – Empfehlungen an den Stadtrat**

Um den Preis für Münchens engagierte Unternehmen noch attraktiver, fairer und motivierender zu gestalten, empfehlen wir:

- Die begonnene Weiterentwicklung konsequent fortzuführen und die genannten Punkte systematisch umzusetzen.
- Die Preisvergabe so zu gestalten, dass
  - langfristige Engagement-Konzepte stärker gewichtet werden,
  - die Kategorien ausgewogener aufgeteilt werden, um allen Unternehmen – unabhängig von ihrer Größe – gerechte Chancen zu bieten.
- Eine Umfrage unter teilnehmenden und bisher nicht teilnehmenden Unternehmen durchzuführen, um

- Feedback zur Initiative einzuholen,
  - konkrete Fragen und mögliche Missverständnisse zu klären,
  - die Bewerbungsunterlagen noch nutzer\*innenfreundlicher zu gestalten.
- Die Preisverleihung zu einer inspirierenden Plattform auszubauen, die
    - allen Teilnehmenden das Gefühl gibt, wertgeschätzt zu werden,
    - Netzwerk- und Lernmöglichkeiten bietet,
    - die Preisträger als Vorbilder sichtbar macht.

### zu 3.4 Engagement braucht Räume – Die Bedeutung von physischen Räumen für das bürgerschaftliche Engagement

#### (14) Raumbörsen der Landeshauptstadt München – Empfehlungen an den Stadtrat:

- **Bereitstellung einer Ressource in der Fachstelle BE im Direktorium für das Thema Räume**
- **Erweiterung der Bereitstellung von städtischen Räumlichkeiten:** Die Stadt München sollte dem Auftrag des Bundes folgen und mehr eigene Räumlichkeiten für das bürgerschaftliche Engagement zur Verfügung stellen. Besonders bei Leerständen in Verwaltungsgebäuden oder Räumlichkeiten, die in städtischer Trägerschaft sind, könnten hierbei auch Zwischennutzungskonzepte für Gemeinnützige angedacht werden. Das Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt kann zur Stärkung benachteiligter Stadtteile genutzt werden und so auch neue Räume für das bürgerschaftliche Engagement ermöglichen.
- **Förderanreize für städtisch geförderte Organisationen schaffen,** um sie zur Bereitstellung ihrer Räumlichkeiten für das bürgerschaftliche Engagement zu motivieren. Der Freiwilligenrat empfiehlt daher als konkrete Maßnahme, dass bei städtischen Zuschüssen auch eine kostenfreie Raumüberlassung an externe Raumnutzer\*innen als Eigenanteil im Antragswesen angerechnet werden kann. So könnten ggf. verbundene Mehraufwände für Reinigungskosten und ein erhöhter Personaleinsatz für eine Raumüberlassung angerechnet werden.

**(15) Raumbörse Bürgerschaftliches Engagement bei FöBE – Empfehlungen an den Stadtrat:**

- **Bereitstellung einer Ressource in der Fachstelle BE im Direktorium für das Thema Räume** zur Stärkung der Schnittstelle zwischen Raumbörse und Stadtverwaltung.
- **Nutzung gemeinsamer Potenziale sichtbar machen:** Die Stadt München sollte gezielt über die Chancen informieren, die sich für soziale Einrichtungen aus der Bereitstellung von Räumen für bürgerschaftliches Engagement ergeben. Besonders soll hierbei auch ein Augenmerk darauf gelegt werden barrierefreie Raumangebote sichtbarer und zugänglicher zu machen. Dies sollte in Förderberatungen, Netzwerktreffen und Informationsmaterialien aktiv kommuniziert werden.
- **Ausweitung der Personalressourcen bei der FöBE:** Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden würde ein größeres Zeitkontingent schenken, um ganzjährig zusätzlich 30 individuelle Beratungen anbieten zu können. Eine Neuakquise von Raumanbieter\*innen würde um ca. 10 % steigen.

**(16) Raumbörse beim Kulturzentrum GOROD – Empfehlungen an den Stadtrat:**

- **Stärkung der personellen Ressourcen:** Eine Stundenaufstockung der personellen Kapazitäten zur Betreuung, Begleitung und Koordination der Nutzer\*innengruppen – insbesondere auch am Wochenende vor Ort in der Arnulfstraße – ermöglicht eine langfristige Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten. Auch die Koordinationsstelle im SHZ muss weiterhin gestärkt werden, zur Sicherstellung einer dauerhaften Ansprechbarkeit und Unterstützung bei organisatorischen Fragen.
- **Schaffung zusätzlicher Raumkapazitäten:** In der Arnulfstraße könnten weitere freie Räumlichkeiten für die Raumbörse im Kulturzentrum GOROD umgewidmet werden. Dies würde eine sofortige Entlastung der aktuell angespannten Raumüberlassung führen.
- **Anreize für städtisch geförderte Organisationen schaffen,** um sie zur Bereitstellung ihrer Räume für bürgerschaftliches Engagement zu motivieren. Hierbei sollten die besonderen Bedarfe von Migrantenselbsthilfeorganisationen unbedingt Berücksichtigung finden.

## 7. ANHANG

Hier sind einige bewährte Praktiken (Best Practices) für kommunale Wettbewerbe, die viele kleine Preise vergeben, um Ehrenamt oder zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern:

### Erfolgsfaktoren in diesen Kommunen

- **Breite Beteiligung:** Viele Kommunen setzen auf eine große Zahl kleiner Preise, um möglichst viele Engagierte zu würdigen.
- **Öffentlichkeitsarbeit:** Die Preisverleihungen werden oft als große Events inszeniert, um die Wertschätzung sichtbar zu machen.
- **Netzwerkbildung:** Gewinner\*innen werden nach dem Wettbewerb weiter begleitet und vernetzt.
- **Kooperationen:** Viele Wettbewerbe werden in Partnerschaft mit lokalen Unternehmen, Stiftungen oder Medien durchgeführt.

### Stuttgarter Bürgerpreis

- **Ziel:** Würdigung und Sichtbarmachung von ehrenamtlichem Engagement in Stuttgart, besonders von Gruppen, die sich für benachteiligte Menschen einsetzen.
- **Preise:** Insgesamt 33.000 Euro Preisgeld, aufgeteilt auf viele kleine Preise in den Kategorien „Nachhaltigkeit“ und „Innovation“. Es gibt auch einen Publikumspreis.
- **Besonderheiten:**
  - Alle zwei Jahre vergeben, nächste Verleihung 2026 (Bewerbungen ab sofort möglich).
  - Fokus auf Projekte, die zeigen, wie Gruppen etwas für benachteiligte Menschen tun.
  - Starke Medienpräsenz und öffentliche Würdigung der Gewinner\*innen.
  - Vernetzung der Engagierten über die Bürgerstiftung Stuttgart.
- **Organisation:** Bürgerstiftung Stuttgart.
- **Weitere Infos:** Bürgerstiftung Stuttgart und Deutscher Engagementpreis buergerstiftung-stuttgart.de+1.

## „Engagementpreis NRW“ (ehemals „Stern des Sports“ in NRW)

- **Ziel:** Förderung und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement in Vereinen und Initiativen in Nordrhein-Westfalen.
- **Preise:** Mehr als 100 Preise mit Preisgeldern ab 300 € bis 1.000 € pro Projekt.
- **Besonderheiten:**
  - Der Wettbewerb wird in Kooperation mit dem Landessportbund NRW, dem Landesmusikrat und weiteren Partnern durchgeführt.
  - Es gibt regionale Vorentscheidungen, aus denen viele lokale Gewinner\*innen hervorgehen.
  - Die Preise sind bewusst niedrighschwellig, um möglichst viele kleine Initiativen zu fördern.
  - Die Preisverleihung wird öffentlichkeitswirksam begleitet, z. B. durch lokale Medien und Events.
- **Organisation:** Landessportbund NRW, Landesmusikrat NRW, Landesregierung NRW.
- **Weitere Infos:** Engagementpreis NRW (Stand: 2024, aktuellere Infos für 2026 bitte direkt über die Website prüfen).

## „Engagementpreis Baden-Württemberg“ (ehemals „Bürgerpreis Baden-Württemberg“)

- **Ziel:** Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg.
- **Preise:** Mehrere Dutzend Preise, darunter viele kleine Preise ab 300 € bis 1.000 €.
- **Besonderheiten:**
  - Der Wettbewerb wird von der Landesregierung und Stiftungen getragen.
  - Es gibt regionale und überregionale Preise, um eine breite Streuung zu erreichen.
  - Besonders kleine Initiativen und Projekte werden gezielt gefördert.
- **Organisation:** Landesregierung Baden-Württemberg, Stiftungen.
- **Weitere Infos:** Engagementpreis Baden-Württemberg (Stand: 2024, aktuellere Infos bitte direkt prüfen).

## „Engagementpreis des Landes Sachsen-Anhalt“

- **Ziel:** Würdigung von ehrenamtlichem Engagement in Sachsen-Anhalt.
- **Preise:** Mehr als 50 Preise mit Preisgeldern ab 300 €.
- **Besonderheiten:**
  - Der Wettbewerb wird vom Land Sachsen-Anhalt und lokalen Partnern ausgetragen.
  - Besonders kleine Projekte und Initiativen werden gefördert.
  - Die Preise sind bewusst niedrigschwellig, um eine breite Wirkung zu erzielen.
- **Organisation:** Landesregierung Sachsen-Anhalt, lokale Partner\*innen.
- **Weitere Infos:** Engagementpreis Sachsen-Anhalt (Stand: 2024, aktuellere Infos bitte direkt prüfen).

## „Gut Engagiert BürgerPREIS Rhein-Kreis Neuss“

- **Ziel:** Würdigung der Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements in der Kommune.
- **Preise:** Viele kleine Preise (genaue Anzahl variiert, aber bewusst niedrigschwellig und breit gestreut).
- **Besonderheiten:**
  - Der Preis wird an das innovativste, originellste oder am besten multiplizierbare Projekt vergeben.
  - Es werden möglichst viele Bereiche des Ehrenamts angesprochen, um die Vielfalt der Freiwilligentätigkeit zu würdigen.
  - Die Preise sind bewusst so gestaltet, dass auch kleine Initiativen und Einzelpersonen eine Chance haben.
  - Die Preisverleihung wird öffentlichkeitswirksam begleitet, um die Wertschätzung sichtbar zu machen.
- **Organisation:** Rhein-Kreis Neuss, in Kooperation mit lokalen Partnern.
- **Weitere Infos:** Deutscher Engagementpreis – Preislandschaft deutscher-engagementpreis.de.

### Weitere kommunale Beispiele (mit ähnlichem Ansatz):

### **„Engagementpreis der Stadt Rahden“ (Nordrhein-Westfalen):**

- Würdigt vielfältiges ehrenamtliches Engagement in der Stadt und ihren Ortsteilen.
- Viele kleine Preise, um möglichst viele Engagierte zu würdigen.
- Fokus auf Einzelpersonen, Gruppen und Vereine, die sich für die Allgemeinheit einsetzen.
- Deutscher Engagementpreis – Preislandschaft [deutscher-engagementpreis.de](http://deutscher-engagementpreis.de).

### **„Main-Kinzig-Kreis: Preis für besonderes ehrenamtliches soziales Engagement“:**

- Vergibt viele kleine Preise, um das „Füreinander und Miteinander“ in der Kommune zu stärken.
- Ziel ist es, möglichst viele Engagierte sichtbar zu machen und zu würdigen.
- Deutscher Engagementpreis – Preislandschaft [deutscher-engagementpreis.de](http://deutscher-engagementpreis.de).